

POLICYSOLUTIONS



András Bíró Nagy - Tamás Boros – Áron Varga

Rechtsextremismus in Ungarn

**Eine politische Analyse und Vorschläge des Instituts
Policy Solutions
im Auftrag der Friedrich Ebert Stiftung**



Juli 2012

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	3
1) Ursachen für das Erstarke n des Rechtsextremismus in Ungarn.....	4
2) Themen der Jobbik	10
2.1 Antikommunismus.....	11
2.2 Disziplin und Ordnung	12
2.3 Zigeunerfrage.....	12
2.4 Elitefeindlichkeit.....	13
2.5 Nationalismus	14
2.6 Religiosität.....	15
2.7 Globalisierungsfeindlichkeit.....	17
2.8 Euroskepsis	17
3) Wer sind die Jobbik-Wähler ?	19
4) Einfluss der Jobbik auf die anderen politischen Kräfte.....	23
5) Rechtsextremismus in den Medien.....	28
6) Vorschläge für den Umgang mit Rechtsextremismus	34

Einleitung

2010 gaben 16,67 Prozent der ungarischen Wähler einer rechtsextremen Partei, der Jobbik, ihre Stimme. Wie ein Komet schlug die Partei im öffentlichen Leben Ungarns ein und verlor, im Gegensatz zu vielen anderen elitefeindlichen Kräften, selbst nach dem Einzug ins Parlament nichts von ihrer Popularität, ja wetteifert seither mit der Ungarischen Sozialistischen Partei sogar um den Titel „die Oppositionspartei“. Wenn extreme Ideologien an Stärke gewinnen, so ist das ein Zeichen für eine kränkelnde Demokratie, weshalb es Policy Solutions auf Ersuchen der Friedrich Ebert Stiftung für wichtig erachtete zu untersuchen, worin die Ursache für den Erfolg des Rechtsextremismus liegt, welche Auswirkungen der Rechtsextremismus auf das öffentliche Leben in Ungarn hat und mit welchen Mitteln die Verbreitung von demokratiefeindlichen Anschauungen verhindert werden kann.

Im ersten Abschnitt der vorliegenden Analyse sollen Angebots- und Nachfrageseite im Zusammenhang mit dem Erstarken des Rechtsextremismus untersucht werden, d. h., aus welchen Gründen die Wähler nach alternativen politischen Kräften gesucht haben und warum gerade die rechtsextreme Jobbik-Partei fähig war, für zahlreiche Wählergruppen mit einem entsprechenden Angebot aufzuwarten. Danach soll darauf eingegangen werden, welche Ideologie sie vertritt und welche Themen sie sich auf die Fahnen geschrieben hat bzw. inwieweit bei diesen Themen die Wertvorstellungen der Jobbik-Repräsentanten von denen der Jobbik-Wähler abweichen. Da nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern oft auch in Fachkreisen irrtümliche Ansichten über die soziale Zusammensetzung der Jobbik-Wähler herrschen, widmet sich dieser Frage ein gesondertes Kapitel. Angesichts des Einflusses, den rechtsextreme Anschauungen nicht nur auf fast eine Million Wahlbürger, sondern auch auf die anderen politischen Kräfte und die Medien hatten, wird dann im vierten Kapitel die Frage behandelt, wie sich das Erstarken der Jobbik-Partei auf die Politik von Fidesz, MSZP und LMP ausgewirkt hat. Thema im fünften Teil der Studie ist die Medienpräsenz der Rechtsextremen, während das letzte Kapitel konkrete Vorschläge für die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus enthält.

Ziel der vorliegenden Studie ist es daher nicht nur, Politikern, Politikexperten, Beratern oder denjenigen, die Interesse an diesem Thema haben, ein deutliches Bild über den Rechtsextremismus in Ungarn zu vermitteln. Vielmehr soll mit den Vorschlägen im letzten Kapitel eine Diskussion darüber angeregt werden, wie die demokratische politische Elite dem Rechtsextremismus Einhalt gebieten kann.

1) Ursachen für das Erstarken des Rechtsextremismus in Ungarn

Bei den Wahlen 2006 bekam die 2003, aus der Rechten Jugendgemeinschaft entstandene rechtsradikale Partei Jobbik noch nur 2,2% der Stimmen¹, doch danach nahm ihre Popularität sprunghaft zu. Der eigentliche Durchbruch ließ bis 2007 auf sich warten, als die Ungarische Garde entstand, die der Jobbik zu allgemeiner Bekanntheit verhalf. 2009 erreichte die Jobbik bei den Wahlen zum Europäischen Parlament schließlich 14,77%, was die Erwartungen und auch die Ergebnisse von Meinungsumfragen weit übertraf. Ein Jahr später konnte die Partei ihre Popularität weiter steigern, denn mit einem Stimmenanteil von 16,67% bei den Parlamentswahlen 2010 wurde sie drittstärkste Kraft im Ungarischen Parlament.

Seit der politischen Wende von 1989/90 hatte es kein Beispiel dafür gegeben, dass sich eine Partei „förmlich aus dem Nichts zu einer mittleren Partei mit 15 % hoch gekämpft hat“². Noch dazu trat diese Kraft nicht nur mit einem in der ungarischen Politik beispiellosen Radikalismus, vielfach auch mit einer offen rassistischen und antisemitischen Rhetorik sowie dem unverblühten Umgang mit bis dahin im politischen Leben als Tabu geltenden Fragen auf die Bühne, sondern übte auch erheblichen Einfluss auf die anderen Parlamentsparteien aus. In diesem Kapitel soll nach der Antwort darauf gesucht werden, was diesen beispiellosen Aufstieg der Jobbik ausgelöst hat und wodurch die Nachfrage nach Rechtsextremismus in Ungarn so enorm gestiegen ist. Als Axiom kann festgehalten werden, dass bei der wachsenden Popularität der Partei sowohl „Nachfragegründe“ (soziale Haltungen, Glaubwürdigkeitsverlust der Linken, in geringerem Maße die Wirtschaftskrise) als auch „Angebotsgründe“ (Kommunikation der Jobbik, Organisationsaufbau) eine Rolle spielen. Diese werden nachstehend getrennt voneinander einer Bewertung unterzogen.

Für die gewachsene Nachfrage nach rechtsextremen Kräften lassen sich vier grundsätzliche Ursachen anführen:

- **Eine Gesellschaft, die für Radikalismus empfänglich ist**

Eine Studie³ aus dem Jahr 2012 zeigt, dass auf dem „Markt“ der Wähler in Ungarn eine reale Nachfrage nach einer Partei, die rechtsextreme Ideen verkündet, besteht. Zwar ist diese Gruppe von Wählern nicht völlig mit dem Vektor der Jobbik-Anhänger identisch – teils, weil sie unter den Wählern anderer Parteien zu finden ist und teils, weil sie sich nicht an den Wahlen beteiligt – doch sie lässt sich leichter von den Rechtsextremen „ködern“. Typische Eigenschaften und Einstellungen dieser Gesellschaftsgruppe sind Voreingenommenheit, Systemfeindlichkeit, stark rechtsgerichtete Wertvorstellungen sowie Angst oder Pessimismus. Der Studie zufolge ist in Ungarn mit 48 % der Anteil der Bevölkerung über 16 Jahre, der als extrem vorurteilsbehaftet bezeichnet werden kann, überraschend hoch.

¹ Gemeinsamer Aufbruch mit der MIÉP, Quelle: http://www.valasztas.hu/parval2006/hu/09/9_0.html

² Gergely Karácsony - Dániel Róna (2010): A Jobbik titka (Das Geheimnis der Jobbik), in: Politikatudományi Szemle, 2010/1

³ http://www.politicalcapital.hu/wp-content/uploads/fes_derex_20120229.pdf

Solche Wähler haben große Vorbehalte gegenüber Minderheiten, hauptsächlich Zigeunern, und Zugewanderten (aus ärmeren Ländern), und sie würden zumeist auch die Homosexuellenrechte einschränken. Unter den über 16jährigen sind 34% systemfeindlich sowie der ungarischen Demokratie, der Marktwirtschaft und den EU-Institutionen gegenüber ablehnend eingestellt, während 43% von ihnen stark rechtsgerichtete Wertvorstellungen haben. Verstärkt haben sich außerdem der „Angstfaktor“, was ebenfalls den Rechten zugute kommt, und auch die Unzufriedenheit mit den jetzigen Lebensumständen, die der Umfrage zufolge eine große Mehrheit der Ungarn empfinden. Die Nachfrage nach Rechtsextremismus war in der Gesellschaft schon vor der Krise vorhanden, weshalb das Erstarken der Jobbik nicht nur auf aktuelle politische und wirtschaftliche, sondern auch tiefer verwurzelte, kulturelle Gründe zurückzuführen ist.

- **Wirtschafts- und Gesellschaftskrise**

In den letzten zehn Jahren ist der Rückstand Ostungarns mit seinen drei Millionen Bewohnern im Vergleich zu den anderen Regionen des Landes weiter gewachsen. Das BIP-Wachstum war hier langsamer, die Beschäftigungsrate stieg nicht an und die Arbeitslosigkeit lag stabil unter dem Landesdurchschnitt, so wie auch die Lebenserwartung bei der Geburt. Natürlich hat die Weltwirtschaftskrise die sowieso schon beunruhigenden Umstände weiter verschlechtert, und das wiederum war für Jobbik die Gelegenheit, um diejenigen Wählerschichten anzusprechen, die die Krise ganz empfindlich getroffen hat, die unter ungelösten ethnischen und sozialen Spannungen litten und nach schnellen, sofortigen Antworten suchten. Eindeutig gescheitert war die Beseitigung tiefer Armut, die nach der politischen Wende zugenommen hatte, und als die Existenzsicherheit der unteren Mittelschicht in Gefahr geriet, spitzten sich die sozialen Konflikte und Kämpfe um Ressourcen zu – besonders zwischen der Zigeuner- und der Nicht-Zigeunerbevölkerung. Besonders hervorzuheben ist dabei, dass in der Zeit von 2002 bis 2010 die liberale Einstellung zu Ordnungsfragen weit von den Erwartungen der ungarischen Bevölkerung in Bezug darauf, Ordnung im Land zu schaffen, entfernt war, und dadurch die Forderung nach einer vom Staat unabhängigen Ordnungskraft immer stärker wurde. Die Wirtschafts- und Sozialkrise kann daher als eine der Ursachen dafür gesehen werden, dass die Jobbik-Partei 2010/2011 weiter an Stärke gewann.

- **Enttäuschung über die politische Elite**

Wasser auf die Mühlen der Rechtsextremen gossen die allgemeine gesellschaftliche Unzufriedenheit mit den vergangenen zwanzig Jahren und auch die große Enttäuschung von der politischen Elite. Für einen großen Teil der Gesellschaft hatten sich in den zurückliegenden zwanzig Jahren die Hoffnungen, die bei der politischen Wende in die demokratische Ordnung gesetzt worden waren, nicht erfüllt. Den Höhepunkt beim Rückgang des allgemeinen Lebensstandards zwischen 2006 und 2010 stellte dann 2008 der Ausbruch der Weltwirtschaftskrise dar, die nicht nur Stimmen nach einer linksgerichteten Wirtschaftspolitik - die trotz rechter Selbstdefinition ein wichtiges Merkmal⁵ für die ungarischen Rechtsradikalen ist - laut werden ließ, sondern auch nach einer „Anti-Establishment-Politik“ von der Art, die die Identitätsgrundlage der Jobbik-Partei bildet.

- **Der Niedergang der Linken**

Von 2006 bis 2010 vollzog sich ein tiefgreifender Wandel in der ungarischen Parteienlandschaft. Nach dem Tiefflug des Fidesz 1993/94 gilt der Popularitätsverlust der MSZP in den Jahren von 2006 bis 2010 als der größte seit der politischen Wende.⁶ In vier Jahren musste die regierende sozialistische Partei Einbußen in der Wählergunst von 43 % auf weniger als die Hälfte, auf 19,3%, hinnehmen.⁷ Zu den Ursachen zählten unter anderem, dass die Sozialisten eine Regierungspolitik verfolgten, die im Gegensatz zu ihren Wahlversprechen stand, da praktisch über die gesamte Regierungszeit hinweg Sparmaßnahmen an der Tagesordnung waren, und dass laufend neue Korruptionsaffären ans Tageslicht kamen. Daneben wurde die MSZP auch durch das negative Meinungsbild über den Ministerpräsidenten Ferenc Gyurcsány und die erfolglosen Reformen geschwächt. Eine Folge all dessen war, dass sich ein Teil der Wähler, die unter den Sparmaßnahmen besonders zu leiden hatten, von der Regierungspolitik der Sozialisten enttäuscht waren und noch dazu auch von den anderen Parlamentsparteien keine Antworten auf ihre Probleme bekamen, den Rechtsextremen zuwandte.

- **Rechtsruck in der Gesellschaft**

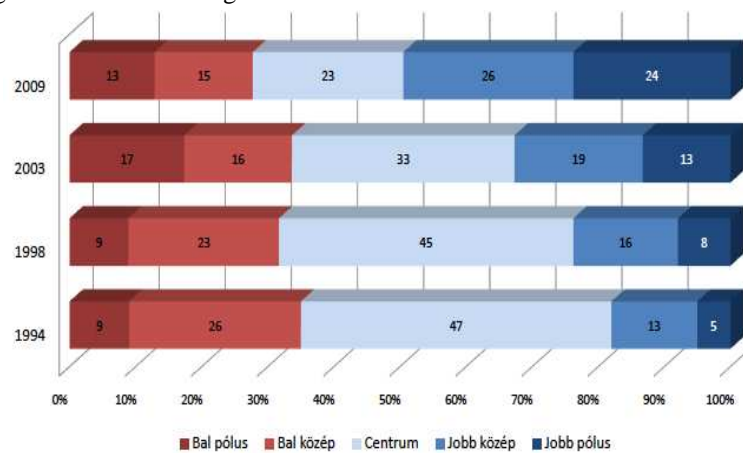
Parallel zu all diesen Entwicklungen begann sich in der ideologischen Selbsteinschätzung der ungarischen Wähler ein starker Rechtsruck abzuzeichnen. Während sich noch 1994 nur ein Fünftel der Ungarn zu konservativen Werten bekannte, lag deren Anteil an der Bevölkerung 2009 bei genau 50%. Noch dazu betrachten sich 24% der Ungarn nicht einmal als Anhänger der rechten Mitte, sondern als ausgesprochen rechtskonservativ. Bei all dem spielen ganz offensichtlich der Zusammenbruch der MSZP und der gesamten ungarischen Linken sowie der zuvor genannte Popularitätsverlust eine Rolle, und nicht zu vergessen, auch der wirksame Identitätsaufbau des Fidesz. Bürgerliche Kreise, die konservative Presse und vielfach Fidesz-Politiker selbst berieselten die Wähler nicht nur mit konservativen, sondern mit häufig viel radikaleren ideologischen Aussagen und Argumenten

⁴ Quelle: Ungar. Statistikamt KSH (2002-2012)

⁵ Bíró Nagy-Róna (2011): Tudatos radikalizmus (Bewusster Radikalismus), in: András Láncki (Red.) Nemzet és radikalizmus (Nation und Radikalismus).

⁶ Beck-Bíró Nagy-Róna (2010), Szabadesésben. Az MSZP 2006-2010 közötti népszerűségvesztésének napirendi magyarázatai (Im freien Fall – Erklärungen für den Popularitätsverlust der MSZP 2006-2010), Zsolt Enyedi, Andrea Szabó und Róbert Tardos (Red.): Új képlet. Választások Magyarországon (Neue Formel – Wahlen in Ungarn) 2010 Budapest Demokrácia Kutatások Magyar Központja Alapítvány (Stiftung Ungarisches Zentrum für Demokratieforschungen) 2011, S. 193-216

⁷ http://hu.wikipedia.org/wiki/2010-es_magyarorsz%C3%A1gi_orsz%C3%A1gg%C5%B1%C3%A9siv%C3%A1laszt%C3%A1s

Abbildung 1: Ideologische Selbsteinstufung der Wähler 1994-2009⁸

Nach dem Bruch mit MIÉP 2006 forcierte Jobbik den Ausbau ihrer Parteiorganisation. Woher die dafür nötigen Finanzmittel kamen, ist unklar, was nicht nur die Möglichkeit unregulären Wirtschaftens in sich barg,⁹ sondern auch den Nährboden für Vermutungen schuf, die Jobbik sei aus dem Iran¹⁰ oder Russland¹¹ unterstützt worden. Aus welchen Quellen sich die Bewegung auch finanzierte, sie schaffte es, bis 2009 fast 400 Basisorganisationen mit 3000 Mitgliedern zu gründen. 2010 hatte sie bereits 800 Basisorganisationen und mehr als 10.000 Mitglieder.¹² Zurückzuführen war dieser Erfolg hauptsächlich auf die Ungarische Garde und die außerordentlich große Zahl an Bürgerforen (mehr als 1000 organisierte die Partei allein 2009), die auf verstärktes Interesse stießen.

Die Gründung der Ungarischen Garde 2007 verdient es, als Erfolgsrezept gesondert beleuchtet zu werden. In der Zeit von 2006 bis 2010 nahm das subjektive Sicherheitsgefühl der Menschen immer mehr ab, worauf diese paramilitärische Organisation eine Art Reaktion war. Hervorgerufen wurde dieses Phänomen allerdings durch die Medien, denn die Zahl der Straftaten war vor der Gründung der Ungarischen Garde fast zehn Jahre lang kontinuierlich zurückgegangen.¹³ Darüber hinaus standen einerseits wegen ihrer Gründung selbst und andererseits wegen der juristischen Auseinandersetzungen um sie, die Themen, die der Garde wichtig waren, laufend und mit sehr großem Gewicht auf der Tagesordnung der Medien.¹⁴ Darauf ist also in erster Linie zurückzuführen, dass die Jobbik in den Medien als eine Partei auftreten konnte, die wirklich radikale Lösungen anbot, was für diejenigen Wähler attraktiv gewesen sein wird, die 2006 bis 2010 von den Parlamentsparteien enttäuscht waren.

⁸ Quelle: http://baloldali.hu/hir/osszetarto_magyarorszag

⁹ <http://www.origo.hu/itthon/20100121-a-jobbik-penzugyi-beszamoloi-2004-es-2008-kozott.html>

¹⁰ http://www.youtube.com/watch?v=Bus2_Whz56M

¹¹ http://magyarinfo.blog.hu/2010/03/04/lobbik_orszorszagert_mozgalom_1

¹² Bíró Nagy-Róna (2011): Tudatos radikalizmus (Bewusster Radikalismus), in: András Láncki (Red.), Nemzet és radikalizmus (Nation und Radikalismus)

¹³ <http://www.jogiforum.hu/hirek/23816> und http://hirszerzo.hu/hirek/2009/2/10/97193_miert_felunk_kevesebb_az_eroszakos_tamadas_

¹⁴ Karácsony-Róna (2010): A Jobbik titka (Das Geheimnis der Jobbik), in: Politikatudományi Szemle, 2010/1

Tabelle 1 – Reaktion der Jobbik auf die relevantesten Politikthemen

Probleme	Reaktion der Jobbik
Ausschreitungen der Polizei 2006 Demokratiedefizit seitens der Regierung	Krisztina Morvai führt EP-Liste der Partei an
Subjektives Sicherheitsgefühl der Bürger sinkt	Scharfe Rhetorik über Disziplin und Ordnung, Zigeunerfeindlichkeit, Versprechen zur Bekämpfung der „Zigeunerkriminalität“, Ungarische Garde
Korruptionsaffären sind laufend auf der Tagesordnung	„Politikerkriminalität“, Kampagne „Zwanzig Jahre für Zwanzig Jahre“
Soziale Probleme, Ausbruch der Weltwirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit	Rechte Partei mit linker Wirtschaftspolitik, Multi- und Bankenfeindlichkeit, Suche nach Sündenböcken, Globalisierungskritik
MIÉP-Amortisierung, radikale Wähler bleiben ohne Partei	Klassische nationalistisch-rechtsradikale Themen, Grenzen nach Trianon, Antisemitismus
MSZP ist unpopulär, immer mehr linke Wähler wenden sich ab	MSZP wird zum Hauptfeindbild, antikommunistische Rhetorik
Finanzkrise in EU-Ländern, relative Schwächung der EU-Wirtschaft	Markante EU-Feindlichkeit, Propagierung des Austritts aus der EU

Hinzukommt, dass die Jobbik von 2008 bis 2010 in eigener Sache ein ausgesprochen wirksames Gespür für die wichtigsten Politikthemen hatte (siehe Tabelle 1). So stellte die Partei zum Beispiel nach den Straßenrandalen vom Oktober 2006 als Spitzenkandidatin für die Wahlen zum Europäischen Parlament Krisztina Morvai auf, die dann zusammen mit Tamás Gaudi-Nagy¹⁵ als „Rechtsschützerin“ der Demonstranten durch alle ungarischen Medien zog. Ganz allgemein kann festgestellt werden, dass die Jobbik mit unmissverständlich formulierten Botschaften auf die wichtigsten Themen im öffentlichen Leben Ungarns reagierte. Auf die Korruptionsaffären, die 2009/2010 die öffentliche Agenda ständig bestimmten, gab die Jobbik unter den damaligen Oppositionsparteien die markanteste Antwort: Sie startete zu den Parlamentswahlen 2010 eine Kampagne¹⁶ unter dem Motto „Zwanzig Jahre für Zwanzig Jahre“, mit der die gesamte politische Elite seit der politischen Wende verurteilt wurde. Zu einem Topos, den die rechtsradikale Partei seither verwendet, wurde zu jener Zeit auch der Begriff „Politikerkriminalität“.¹⁷

Von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist ferner die Tatsache, dass sich die Jobbik auch die wichtigsten Themen der MIÉP, die in der Wählergunst immer mehr an Boden verlor und schließlich in der Bedeutungslosigkeit versank, zu eigen machte, besonders in Sachen Antisemitismus und Revision der Grenzen nach Trianon. Hierbei handelt es sich um die bestimmenden Themen der ungarischen Rechten seit der Wende. Jobbik verpackte sie in einen „jugendlichen Mantel“ und rückte sie in ihrer Rhetorik im Vergleich zur MIÉP etwas mehr in den Hintergrund. Ursache war, dass für Jobbik rhetorische Antworten auf die sozialen Probleme, die Arbeitslosigkeit, die negativen Auswirkungen der Globalisierung und die bereits genannten Korruptionsaffären viel entscheidender waren. Auch nach den Wahlen von 2010 verfolgte die Jobbik diese Kommunikationspolitik „Auftauchendes Problem – Radikale Antwort“ weiter.

¹⁵ Tamás Gaudi Nagy wurde 2010 Abgeordneterkandidat und dann Parlamentsabgeordneter der Jobbik.

¹⁶ <http://www.vonagabor.hu/content/20-%C3%A9vet-20-%C3%A9v%C3%A9rt>

¹⁷ <http://www.jobbik.hu/rovatok/politikusbunozes>

So übertrumpfte die Jobbik noch die euroskeptischen Äußerungen des Fidesz, als 2011 der Finanz- und Rechtsstreit zwischen Ungarn und der Europäischen Union ausbrach.¹⁸ Anfang 2012 legte sich die Jobbik die Bezeichnung „EU-feindliche Kraft“ als ständiges Attribut zu. Mitte Januar des gleichen Jahres verbrannten einige Parteiprominente die EU-Flagge vor der Vertretung der Europäischen Kommission in Ungarn.¹⁹

Den größten Durchbruch erreichte die Jobbik jedoch nicht aufgrund der obigen Ereignisse, sondern dadurch, dass sie die sowieso schon bestehenden Vorurteile gegenüber Zigeunern weiter schürte²⁰ und dieses Thema zur wichtigsten politischen Frage überhaupt machte. Bereits 2009 hatte die Partei den Grundstein für ihre wachsende Popularität gelegt, indem sie den Kampf gegen die „Zigeunerkriminalität“ zu ihrem politischen Motto machte. All das hätte allerdings keinen Erfolg gehabt, wenn 2008/2009 die Konflikte in Verbindung mit Zigeunern nicht zu einem ständigen, ja beherrschenden Thema auch in den Mainstream-Medien geworden wären.²¹ Diese Entwicklungen begannen 2006 mit dem Mord in der Gemeinde Olaszliszka und setzten sich 2007 mit der Gründung der Ungarischen Garde fort. Weitere Ursachen dafür, dass die „Zigeuner-Ungar-Konflikte“ im untersuchten Zeitraum zum wichtigsten Medienthema wurden, waren 2009 die zigeunerfeindlichen Äußerungen des Polizeichefs von Miskolc, die Nachwahlen im Budapester Stadtbezirk Ferencváros, (mit umgekehrtem Vorzeichen) die rassistisch motivierte, beispiellose Serie von Morden an Zigeunern und auch die Wahlen zum Europäischen Parlament in jenem Jahr.

Die Aufwertung des Themas erweckte den Anschein, als würde sich ausschließlich die Jobbik mit einem der wichtigsten Konflikte und zugleich Politikthemen Ungarns auseinandersetzen. Verstärkt wurde dieser Eindruck noch dadurch, dass unter den ungarischen Parteien keine konstruktive Debatte über die Zigeunerintegration geführt wurde, denn Antworten auf das Thema beschränkten sich auf die Suche nach Sündenböcken und Antirassismus-Erklärungen.²² Erstere forcierte die Jobbik markanter als der Fidesz, während der Standpunkt der Linken nicht so sehr dazu diente, das Problem selbst zu diskutieren und die Argumente der Rechtsradikalen zu widerlegen, sondern vielmehr die Jobbik und die von ihr propagierten Ideen zu verurteilen, was mit Allgemeinplätzen und politischen Absichten geschah und letztendlich, wie die Wahlergebnisse dann gezeigt haben, erfolglos war.

¹⁸ Deutlichster Beweis dafür sind die drei Vertragsverletzungsverfahren, die Anfang 2012 gegen Ungarn eingeleitet wurden. Mehr unter: <http://hvg.hu/cimke/k%C3%B6telezetts%C3%A9gszeg%C3%A9si+elj%C3%A1r%C3%A1s>

¹⁹ http://atv.hu/cikk/20120114_tuntetesek?source=hirkereso

²⁰ http://www.hirszerzo.hu/cikk.ellenerzes_a_ciganyokkal_szemben_-_felmeres.97740.html

²¹ Für mehr Informationen zur Bedeutung der Medienberichterstattung über Zigeunerthemen siehe Median-Omnibusz-Daten, zitiert von Karácsony-Róna (2010)

²² http://www.policysolutions.hu/userfiles/elemzesek/Policy%20Solutions_B%C5%B1nbakk%C3%A9p%C3%A9z%C3%A9s_%C3%A9s_a_nirassizmus.pdf

2) Themen der Jobbik

Nachfolgend soll ein ideologisch-allgemeinpolitisches Profil der Jobbik anhand ihres Wahlprogramms von 2010 bzw. einiger ihrer Grundsatzdokumente (Gründungserklärung, Bethlen-Gábor-Programm) gezeichnet werden. Die genannten Dokumente wurden besonders im Hinblick auf die Themen untersucht, die für die Jobbik-Politik, obgleich gelegentlicher Schwerpunktverlagerungen, bezeichnend sind. Folgende neun Leitthemen konnten ermittelt werden: Antikommunismus, Disziplin und Ordnung, Zigeunerfrage, Elitefeindlichkeit, Nationalismus, Religiosität, Wirtschaftspolitik, Haltung zur wirtschaftlichen Globalisierung und zur EU. Bei den einzelnen Themenbereichen wurde als wichtiger Aspekt auch untersucht, inwieweit die verschiedenen Programmbestandteile einerseits dem Weltbild, das sich aus den Anschauungen der Jobbik-Wähler ableiten lässt, und andererseits der Positionierung der Jobbik-Parlamentsabgeordneten in verschiedenen Fragen entsprechen. Neben der besonderen Betrachtung inhaltlicher Aspekte werden daher auch die Ergebnisse der Abgeordnetenumfrage 2010 im Rahmen des Ungarischen Wahlforschungsprogramms sowie einer Bürgerbefragung vor den Wahlen analysiert.²³

Tabelle II: Die Haltung von Parlamentsabgeordneten und Wählern der Jobbik zu einigen wichtigen Fragen (Durchschnittspunkte)

Thema	Frage	Abgeordnete	Wähler
Anti-kommunismus	Um die Vergangenheit aufzuarbeiten, muss eine Liste derjenigen öffentlich gemacht werden, die im früheren System Staatssicherheitsoffiziere oder Spitzel waren (1=völlig einverstanden, 7-er Skala)	1,03 (1,81)	2,59 (3,27)
Disziplin und Ordnung	Auch Straftäter haben Rechte. Die Polizei muss unter allen Umständen auch die Rechte und die Menschenwürde von inhaftierten Personen respektieren. (1=völlig einverstanden, 7-er Skala)	5,46 (4,26)	5,19 (4,48)
Zigeunerfrage	Zigeuner werden so häufig diskriminiert, weshalb sie die Regierung mehr unterstützen müsste, als andere. (1=völlig einverstanden, 7-er Skala)	5,46 (3,79)	5,81 (5,07)
Elitefeindlichkeit	Wie sehr sind Sie insgesamt gesehen mit der Demokratie in Ungarn zufrieden? (4=völlig zufrieden)	1,69 (2,71)	1,81 (2,08)
Nationalismus	Ungarn müsste sich um eine Revision der Grenzen nach Trianon einsetzen. (5=völlig einverstanden)	-	3,22 (2,34)
	Ungarn sollte sich nicht um die Erwartungen des Westens kümmern, sondern muss seinen eigenen Weg gehen. (5=völlig einverstanden)	-	4,24 (3,74)
Religiosität	Religion ist Privatsache, weshalb sich der Staat so weit wie möglich aus Kirchenangelegenheiten heraushalten sollte. (1=völlig einverstanden, 7-er Skala)	5,54 (5,37)	3,21 (3,33)
Wirtschaftspolitik	Der Staat müsste die Sozialausgaben erhöhen, selbst dann, wenn er dazu die Steuern anheben muss. (7=völlig einverstanden)	4,57 (4,91)	4,94 (4,14)
	Es ist die Pflicht der Regierung dafür zu sorgen, dass alle Arbeit haben. (5=völlig einverstanden)	3,28 (3,01)	4,04 (4,05)

²³ (Eine Zusammenfassung der Daten ist in Tabelle II zu finden. Für tiefere Analysen siehe Bíró Nagy-Róna 2011)

Wirtschaftliche Globalisierung	Muss die europäische Integration verstärkt werden, oder ist sie schon zu weit fortgeschritten? (10=muss verstärkt werden)	0,69 (5,25)	3,76 (4,43)
Euroskepsis	War der Beitritt Ungarns zur Europäischen Union eher mit Nach- oder mit Vorteilen verbunden? (2=mit Nachteilen)	1,97 (1,29)	1,51 (1,17)

Quelle: Abgeordnetenumfrage im Rahmen des Ungarischen Wahlforschungsprogramms, bei der 29 Parlamentsabgeordnete der Jobbik im Juni 2010 von uns befragt wurden, bzw. Umfrage vor der Wahl 2010 im Rahmen des Wahlforschungsprogramms (N=1500, Medián=750, Ipsos=750, durchgeführt vom 30. März bis 9. April 2010). Anmerkung: Durchschnittspunkte, angegeben ist der Durchschnitt der Jobbik-Abgeordneten bzw. –Wähler, in Klammern der Durchschnitt des gesamten Musters (208 Abgeordnete bzw. 1500 Wähler).

2.1. Antikommunismus

Aus der „Gründungserklärung der Bewegung Jobbik für Ungarn“ geht eindeutig hervor, dass die vollständige Ablehnung des Systems vor 1990 einer der wichtigsten Grundsteine für die Identität der Partei ist. So heißt es in diesem Dokument vom Oktober 2003, dass die primäre Aufgabe darin besteht, „die kommunistische Nachfolgepartei und die mit ihr verschmolzenen, extremen Liberalen von der Macht zu verdrängen“²⁴. Dabei lässt es die Jobbik allerdings nicht bewenden, denn auch die Jahre nach 1990 betrachtet sie als unmittelbare Fortsetzung des früheren Systems. Grund dafür ist die Überzeugung, dass eine Wende in all ihrer Tiefe gar nicht stattgefunden hat und die Seilschaften, die Ungarn früher gelenkt haben, ihre Macht retten und behalten konnten. Angesichts dessen kann die Schlussfolgerung einer radikalen antikommunistischen Partei auch gar keine andere sein als: die politische Wende muss vollendet werden.

Antikommunistische Aussagen lassen sich im Wahlprogramm der Jobbik von 2010 nicht mehr an erster Stelle finden. Neben den bereits genannten Vorschlägen kamen zwar Dinge ins Programm wie die Veröffentlichung von Informantenlisten oder, als neue Idee nach polnischem Vorbild, die Überprüfung der Pensionen von Personen, die in den Zeiten des Parteistaates führende Positionen innehatten, doch die Aufmerksamkeit der Jobbik gilt in diesem Dokument auffälligerweise nicht mehr den vierzig Jahren vor 1990. Der Aufbau der einzelnen Kapitel (Die letzten zwanzig Jahre vs. Die schönere Zukunft) verrät, dass die Jobbik das Urteil nicht mehr nur über das frühere Regime und dessen Nachfolgepartei, sondern auch über die gesamte politische Elite von 1990 bis 2010 fällt, zu der der früher als Helfer und Gesinnungsfreund betrachtete Fidesz ebenso gehörte wie die MSZP oder der SZDSZ.

Die Meinungen der Jobbik-Abgeordneten zeigen, dass der Antikommunismus, der verglichen mit den Anfängen der Partei nunmehr ein zweitrangiges Thema ist, nicht die persönliche Einstellung der Parteipolitiker widerspiegelt. Auf der Skala von 1-7 haben sie nämlich fast übereinstimmend die radikalste Antwort auf die Frage zum Antikommunismus gegeben (im Schnitt 1,03, d. h. von den 29 befragten Jobbik-Abgeordneten hat nur einer keine extreme Position bezogen).

Damit vertreten sie nicht nur im Vergleich zur gesamten Bevölkerung Ungarns (3,27), sondern auch zu den Jobbik-Wählern (2,59) eine viel radikalere Meinung.

²⁴ Gründungserklärung der Jobbik

2.2. Disziplin und Ordnung

In der Regel setzt die ungarische Öffentlichkeit die Jobbik mit dem Eintreten für Disziplin und Ordnung gleich. Die Partei spricht sich offen für die Todesstrafe im Falle von schwersten Verbrechen gegen das Leben (Mord) aus, würde das Strafgesetzbuch zwecks Schutz von menschlichem Leben, Sicherheit und Eigentum verschärfen und Häftlinge in Arbeitsprogramme einbeziehen. Ein wichtiger Bestandteil des Jobbik-Programms ist die Bildung einer auf Freiwilligen- und Gebietsschutzbasis organisierten Nationalgarde. Aus der allgemeinen Rhetorik geht ferner unmissverständlich hervor, dass die Partei Obdachlose nur untern auf öffentlichen Plätzen sieht.

Für die Parlamentskampagne hat die Jobbik ein ganzes rhetorisches und politisches Ordnungsschutzarsenal angelegt, und nunmehr ist es ihr erklärtes Ziel, Ungarn „von den nicht selten miteinander verknüpften Netzen der Politiker-, Zigeuner- und Wirtschaftskriminalität“ zu befreien. In ihrem Programm lässt die Partei keinen Zweifel daran, dass sie an die Abschreckungskraft strenger Strafen und langer Gefängnisjahre glaubt. Um Letzterem Nachdruck zu verleihen, würde sie Häftlinge zur Arbeit verpflichten, dadurch Gefängnisse in Eigentümerschaft überführen und so den, wie sie sagt, „Quasi-Wellness“-Zustand in ihnen zu beenden. Auch die Polizei würde sie mit mehreren Dutzend Maßnahmen verstärken, daneben die Gendarmerie wieder einführen, und sie hat auch konkrete Pläne für die Umgestaltung von Gesetzgebung und Rechtsanwendung.

Wie die Programme ihrer Partei lassen sich die Jobbik-Abgeordneten, was Sanktionen gegen Straftäter anbelangt, als Befürworter von Disziplin und Ordnung einstufen. Zwar kommen sie in dieser Frage dem Höchstwert nicht so nahe wie im Falle des Antikommunismus, doch der Durchschnitt von 5,46 auf der siebenstufigen Skala verweist eindeutig auf einen stark ausgeprägten Standpunkt pro Disziplin und Ordnung. Mit diesem Wert liegen sie etwas über dem Durchschnitt bei den Jobbik-Wählern. Die Differenz ist allerdings nicht signifikant. Als Resümee kann festgestellt werden, dass die Jobbik-Politiker und die Jobbik-Wähler fast gleicher Meinung sind und Disziplin und Ordnung etwas stärker ausgeprägt befürworten als der Durchschnitt der ungarischen Gesellschaft, die in dieser Frage ebenfalls eher konservative Ansichten vertritt.

2.3. Zigeunerfrage

Das Aufgreifen der Zigeunerfrage erwies sich als Hauptgrund für den blitzschnellen Aufstieg der Jobbik 2009. Dem Durchbruch aber ging natürlich ein langer Aufbau des Themas voraus, denn schon Jahre früher hatte die Partei damit begonnen, den Ausdruck „Zigeunerkriminalität“, der als Schlüssel für ihren Erfolg betrachtet wird, mit immer größerem Gewicht in der öffentlichen Kommunikation zu verwenden. Ab der Mordserie in der Gemeinde Olaszliszka 2006 wurde dies dann jahrelang zum Thema Nr. 1 der Jobbik.

Die Jobbik betrachtet die Frage des Zusammenlebens von Ungarn und Zigeunern als eines der schwerwiegendsten Probleme in der ungarischen Gesellschaft, wenn nicht gar für das schwerwiegendste Problem überhaupt. Dafür müsse sowohl in der Arbeitswelt als auch in der

Bildungspolitik eine Lösung gefunden werden. „Die Mehrheit der Zigeuner-Gesellschaft lebt abseits von Gesetzen, Arbeit und Bildung“, heißt es im Kapitel „Zurück vom Zigeunerweg!“ des Parteiprogramms von 2010. An einer späteren Stelle wird dann unmissverständlich zum Ausdruck gebracht, dass die Partei den einzig gangbaren Weg, um die Situation der Zigeuner zu verbessern, in der Anpassung an die Normen der Mehrheitsgesellschaft sieht. Die Verstärkung der Polizei und Gründung der Gendarmerie hält sie für unumgängliche und zugleich nur erste Schritte. Als zumindest ebensolche Schwerpunktziele betrachtet sie die Durchsetzung des Prinzips „Arbeit statt Beihilfe“, das Ersetzen von Unterstützungsgeldern durch „Sozialkarten“ oder die Bindung von Kindererziehungsbeihilfen an den Schulbesuch der Kinder. Daneben ist sie für die Ausbildung von Zigeunern zu Pädagogen bzw. die Einbeziehung der historischen Kirchen in die Zigeunerintegration.

Nach Angaben des Ungarischen Wahlforschungsprogramms vertreten die Jobbik-Wähler in der Zigeunerfrage einen etwas radikaleren Standpunkt (5,81) als die Politiker der Partei (5,46). Beide Gruppen fallen damit aber gleichermaßen in die Kategorie derjenigen, die stark zigeunerfeindlich eingestellt sind. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass im Allgemeinen auch die ungarische Gesellschaft stark zu Vorurteilen neigt (5,07), die unter den Jobbik-Abgeordneten und ihren Wählern wiederum noch etwas radikaler als im Durchschnitt ausgeprägt sind.

2.4. Elitefeindlichkeit

Als in der internationalen Praxis der Rechtsextremen nicht unbekanntes Strategie versucht die Jobbik-Partei seit ihrer Gründung bewusst, die politische Elite nach 1990 als homogenes Ganzes und Verräter der nationalen Interessen darzustellen. Fortlaufend betont sie, dass sich hinter den Auseinandersetzungen der führenden politischen Kräfte, die an der Oberfläche den Anschein erwecken bis aufs Blut geführt zu werden, enge Verflechtungen und zusammengewachsene Seilschaften verbergen. In der Jobbik-Gründungserklärung wird die suggerierte Verflechtung der Establishment-Parteien sogar in einen internationalen Kontext gesetzt: „Die heutige politische Garnitur hat sich dem Globalismus angebeidert, der die Welt unter seine Herrschaft bringt“. Schon seit den Anfängen ist somit ein wichtiger Bestandteil der Jobbik-Rhetorik, die nationale Politik der Bedienung ausländischer Interessen gegenüberzustellen, in dessen Ergebnis sich Parteien und Wähler geradewegs voneinander entfernen bzw. das öffentliche Leben in Ungarn von „Mäntelchen-Nach-Dem-Wind-Hängen, Lügen und Korruption“ gekennzeichnet ist.

Im Wahlkampf 2010 rückte der Ausdruck „Politikerkriminalität“, mit dem auf der Anti-Establishment-Attitüde herumgeritten wurde und dessen Bedeutung für die Kampagne ungemein groß war, eindeutig an die erste Stelle. Alle Parlamentsparteien hält die Jobbik, wie aus ihrem Parteiprogramm von 2010 hervorgeht, für gleichermaßen kriminell: „Weder die Politikerkriminalität mit der Nelke noch die mit der Orange wird ungesühnt bleiben“.

Zwecks Ahndung hatte die Jobbik im Wahlkampf 2010 eine Überprüfung aller großen staatlichen Investitionsprojekte und früheren Privatisierungsgeschäfte versprochen sowie die Abschaffung der Abgeordnetenimmunität und die Aufnahme der Politikerkriminalität in das Strafgesetzbuch als besonders klassifizierte Straftat vorgeschlagen. Als ebenfalls wichtiges Ziel argumentierten sie dafür, keine Anhäufung von politischen Arbeitsstellen mehr zuzulassen bzw. für alle Parlamentsabgeordneten am Ende einer Legislaturperiode eine verbindliche „Vermögensbildungsprüfung“ vorzuschreiben.

Die Unzufriedenheit mit der Funktionsweise der Demokratie untermauern die ermittelten Werte sowohl der Abgeordneten als auch ihrer Wähler. Auf der vierstufigen Skala, auf der die 1 für die völlige Unzufriedenheit mit der Demokratie in Ungarn steht, sind beide Gruppen, Jobbik-Abgeordnete (1,69) und Jobbik-Wähler (1,81), im Bereich der Unzufriedenen zu finden. Dieses Bild ist mit dem bezüglich der Zigeunerfeindlichkeit insofern vergleichbar, als auch die Gesellschaft insgesamt (2,08) mit der jetzigen Demokratie eher unzufrieden ist, wobei wiederum Jobbik-Abgeordnete und Jobbik-Wähler überdurchschnittlich enttäuscht sind.

Vor eine interessante Herausforderung wurde die Jobbik durch den Wahlerfolg gestellt, denn sie wurde so zu einer Parlamentspartei und damit auch zu einem Teil der politischen Elite. Inhaltlich änderte sich dadurch an der Anti-Establishment-Haltung zwar nichts. Dennoch bedingt die Elitefeindlichkeit einen anderen Politikstil. Als Parlamentspartei besteht darin nunmehr eine der Hauptherausforderungen für die Jobbik: In Anpassung an die Gesetzgebungspraktiken muss sie fachlich kompetente Arbeit leisten, parallel dazu aber die Glaubwürdigkeit vor ihren Anhängern wahren, die für einen Umsturz des gesamten Systems sind, und ihnen immer wieder beweisen, dass die Partei dennoch nicht zur „korrumpierten“ Elite gehört.

2.5. Nationalismus

Ein wiederkehrender Bestandteil der Jobbik-Politik ist die entschlossene Vertretung ungarischer Interessen. Über die vergangenen zwanzig Jahre hat die Jobbik eine niederschmetternde Meinung, nach der sich die Parlamentsparteien in nationalstrategischen Fragen ein ums andere Mal auf die falsche Seite gestellt und die ungarischen Interessen keine tatsächliche Berücksichtigung gefunden haben. Aus diesem Gedankengang folgt unwillkürlich, dass die Jobbik keine andere Aufgabe haben kann, als den Schutz nationaler Werte und Interessen in den Mittelpunkt ihrer politischen Ziele zu stellen.

Der Nationalismus a la Jobbik, symbolisiert durch das Bild des zurückeroberten Landes, hat inhaltlich gesehen zwei Zielsetzungen. Einerseits geht es um die wirtschaftliche Selbstbestimmung, die vorteilhafte Positionierung ungarischer Unternehmen sowie die Bewahrung bzw. Wiederbeschaffung strategischer Ressourcen und Branchen. Andererseits schlägt die Jobbik mit ihm revisionistische, nationalistische Saiten an und verkündet das Ziel, die ungarische Nation wieder zu vereinen.

Zahlreichen Äußerungen von Jobbik-Politikern in den letzten Jahren kann man entnehmen, dass den Führungspersönlichkeiten der Partei auch der wirtschaftliche und politische Nationalismus nicht fern steht. Das lässt sich allerdings nicht mit Forschungsergebnissen untermauern, da auf dem im Rahmen des Ungarischen Wahlforschungsprogramms erstellten Fragebogen für die Abgeordnetenumfrage leider keine Fragen zu finden sind, mit denen man diese Themen hätte untersuchen können. Zur Wählerhaltung hingegen gibt es bereits Angaben, und diese lassen den Schluss zu, dass der Nationalismus ein Grundstein für die Jobbik-Identität ist. Bezüglich der ideologischen Selbsteinstufung betrachteten sich von den

Jobbik-Sympathisanten 39 % (2009) und 37 % (2010) an erster Stelle als Menschen mit stark nationalen Gefühlen. In diesem Lager besteht ferner die feste Überzeugung, dass das Land seinen eigenen Weg gehen muss und sich nicht um die Erwartungen des Westens kümmern darf (4,24 auf 5-er Skala). Obwohl das Thema eine sehr wichtige Rolle für die Jobbik-Ideologie und die Einstellung ihrer Wähler spielt, fällt es der Partei dennoch schwer, sich in der Frage des Nationalismus vom Fidesz abzusetzen, der an den Beginn seiner Regierungszeit eine Reihe von wichtigen, symbolischen Maßnahmen stellte. Daraus folgt, dass die Bedeutung des Nationalismus bei der Entscheidung für eine Partei geringer ist als die der Fragen, in denen sich die beiden rechtskonservativen Parteien scharf voneinander unterscheiden.

2.6. Religiosität

Welche Rolle der Glauben für die Jobbik spielt, zeigt schon allein die Tatsache, dass er auch in der knappsten Eigendefinition der Jobbik enthalten ist. Bei der Gründung definierte sie sich als national-christliche Partei, wozu sie sich seither auf allen Foren stolz bekennt. Angesichts dieses Verhältnisses zu Kirche und Glauben ist es denn auch nicht überraschend, wenn die Partei die Kraft traditioneller Gemeinschaften in Bezug auf die Zukunft Ungarns für besonders wichtig hält. In diesem Lichte gesehen versteht sich die freundschaftliche Annäherung an die historischen Kirchen förmlich von selbst.

Botschaften und Maßnahmepläne in Verbindung mit Religiosität und Kirchen haben unter den Themen der Jobbik zwar nie zu den Zugpferden gehört, sind aber immer in der verlässlichen zweiten Reihe präsent. So befürwortet die Partei die Einführung von Moral- und Religionslehre als Pflichtfach an allen Grund- und Mittelschulen in Ungarn oder die Eintragung kirchlicher Trauungen in das staatliche Standesamtsregister. Wiederkehrende Programmpunkte sind darüber hinaus eine Verschärfung der gesetzlichen Abtreibungsbestimmungen sowie die Steigerung der Kirchenpräsenz beim Militär, in Krankenhäusern, Bildungseinrichtungen und im Strafvollzug.

Bei einem Vergleich der Jobbik-Programmbestandteile bzw. der Einstellungen und Haltung von Jobbik-Abgeordneten und Jobbik-Wählern erhält man das am wenigsten erwartete Ergebnis vielleicht gerade in der Frage des Verhältnisses zur Religion. In den Jobbik-Programmen spiegeln sich tiefreligiöse Wertvorstellungen wider, und diesem Weltbild entsprechen sehr wohl die Ansichten der Jobbik-Politiker zur Trennung von Staat und Kirche.

So sind Letztere nicht damit einverstanden (5,54), dass sich der Staat von Angelegenheiten der Kirchen fern halten sollte, was wiederum den Standpunkt verdeutlicht, nach dem Nation und Christentum zusammengehörige Begriffe sind. Im Gegensatz dazu sind die Jobbik-Wähler eher der Meinung (3,21 – in dieser Frage ist der Wert für den Standpunkt in der absoluten Mitte 4), dass es nicht die Aufgabe des Staates ist, sich in Kirchenfragen einzumischen. Einen solch klaren Unterschied zwischen Wählern und ihren Politikern gibt es übrigens nur äußerst selten. Eine Erklärung dafür mag der jugendliche Charakter der Partei oder die Tatsache sein, dass sich heute im Jobbik-Lager auch frühere Sozialisten-Wähler in beträchtlicher Zahl (Hunderttausend oder mehr) befinden.

Geht man von den Programmaussagen zu Disziplin und Ordnung, zu Religion und Zigeunerintegration aus, positioniert sich die Jobbik in kultureller Hinsicht eindeutig rechts. Wirtschaftlich gesehen steht der wirtschaftliche Liberalismus, wie er in der Regel von rechtsradikalen Parteien im Westen vertreten wird, der Richtung, die die ungarische radikale Partei für richtig hält, außerordentlich fern. Die Jobbik glaubt an einen starken, aktiven, intervenierenden Staat, der sich wie ein Schutzschild vor die ungarische Gesellschaft stellt, um sie vor den schädlichen Auswirkungen der Globalisierung zu bewahren. Diese fürsorgliche und behütende Haltung bildet zusammen mit sozialen Aspekten die Grundlage für die Wirtschaftspolitik der Jobbik.

Die Jobbik befürwortet eine progressive Besteuerung mit mehreren Steuersätzen, die durchschnittliche oder unter dem Durchschnitt liegende Einkommen weniger belastet als höhere. Im Programm von 2010 wird soziale Empfindlichkeit auch mit Nachhaltigkeitsaspekten verbunden, und das sehr bewusst. So ist es kein Zufall, wenn der Titel des Kapitels zur Wirtschaftspolitik „Ökosoziale Nationalwirtschaft“ so klingt, als stamme er aus der Feder von grünen Linken – der LMP im politischen Kontext Ungarns.

In einer ganzen Reihe von wirtschaftlichen Unterbereichen, wie Gesundheits- und Bildungswesen, Rentensystem und Energiemarkt, hält die Jobbik staatliches Eigentum für angemessen, während sie sich in anderen Fällen auch eine Verstaatlichung vorstellen könnte. Strategisches, nationales Vermögen würde sie behalten und bei der Privatisierung „verschleuderte“ Unternehmen von strategischer Bedeutung (z. B. öffentliche Versorgungsbetriebe) wieder verstaatlichen.

Anhand dieser Erläuterungen würde man nun in Bezug auf die Jobbik-Abgeordneten zu Recht ausgesprochen linksgerichtete Haltungen und ein Engagement für erhöhte Sozialausgaben sowie eine beschäftigungsfördernde Rolle des Staates erwarten. Bei beiden Fragen erwiesen sich jedoch die Jobbik-Politiker zurückhaltender, und zugleich weniger linksgerichtet, als das Programm ihrer Partei und auch ihrer eigenen Wähler. Auf die Frage nach erhöhten Sozialausgaben zeigt das Ergebnis auf der siebenstufigen Skala einen dem Mittelwert nahen Jobbik-Durchschnitt (4,57), der hinter den Erwartungen ihrer Wähler (4,94) zurückbleibt. Ein ebenfalls neutraler Standpunkt ergab sich unter den Jobbik-Abgeordneten (3,2 auf einer fünfstufigen Skala mit dem Wert 5 für die völlig bejahende Antwort) auf die Frage, ob es ist Pflicht der Regierung sei dafür zu sorgen, dass jedermann

Arbeit hat. Hier kann die Differenz zwischen Politikern und Anhängern als signifikant bezeichnet werden. Übereinstimmend mit der ungarischen Gesellschaft insgesamt (4,05) erwarten die Jobbik-Wähler (4,04) von der jeweiligen Regierung eine aktive Rolle bei der Schaffung von Arbeitsplätzen.

2.7. Globalisierungsfeindlichkeit

Was innerhalb der Landesgrenzen Zigeuner- und Politikerkriminalität sind, ist unter den grenzüberschreitenden, internationalen Phänomenen die Globalisierung. Für die Politik der Jobbik verkörpern die Kräfte und Prozesse der wirtschaftlichen Globalisierung am ehesten das Feindbild, gegen das es zu kämpfen gilt. Globalisierung, Konsumgesellschaft, Auslandskapital und multinationales Unternehmen stehen im Wörterbuch der ungarischen Rechtsextreme als Schimpfworte, als lauernde Gefahr für die ungarische Nation und als Verkörperung des Bösen.

Ausgangspunkt für die politische Grundhaltung der Partei ist, dass die politische Elite der letzten zwanzig Jahre ausländische Interessen bedient hat und deshalb nun eine verstärkte nationale Interessenschutzpolitik gebraucht wird – zu der, ihrem Selbstbildnis zufolge, allein die Jobbik fähig ist. Als symbolische Demonstration der Stärke spricht die Jobbik immer wieder von ihrem Plan, die Staatsverschuldung neu zu verhandeln. Dieser offen verkündete Kampf um die Wiedergewinnung der wirtschaftlichen Selbstbestimmung richtet sich in erster Linie gegen die multinationalen Unternehmen in Ungarn. Dagegen unterstützt die Jobbik das Ziel, dem ungarischen Betriebskapital zu einer möglichst großen Rolle in Gebieten außerhalb der Landesgrenzen zu verhelfen, die von Ungarn bewohnt werden.

Die radikale Ablehnung der Globalisierung widerspiegelt sich auch in den Ergebnissen der Attitüdenforschungen. Unter den Parlamentsabgeordneten der Jobbik herrscht fast völlige Einigkeit (1,83) darüber, dass der Zustrom von Auslandskapital begrenzt werden muss, da es die Wirtschaft fremden Interessen unterordnet. Dieser Wert zeigt, dass die Jobbik-Politiker ausländisches Kapital in Ungarn noch stärker ablehnen als ihre eigenen Wähler (2,68). Insgesamt neigt die ungarische Gesellschaft leicht zu einer Anti-Auslandskapital-Einstellung (3,49). Im Vergleich zum ungarischen Durchschnitt verkünden Programm und Parlamentsabgeordnete der Jobbik in dieser Frage aber deutlich radikalere Ansichten.

2.8. Euroskepsis

Die anfängliche Einstellung der Jobbik zur Europäischen Union kann wohl nicht besser verdeutlicht werden als durch die Tatsache, dass die Partei aus Protest gegen die Integration Ungarns in Europa bei den EP-Wahlen 2004 noch nicht einmal antrat. „Unannehmbar ist für uns die EU-Mitgliedschaft, die eine fatale Einengung unserer nationalen Unabhängigkeit zur Folge hat!“ So ist es in der Gründungserklärung zu lesen, was die Haltung der Jobbik zur EU mehr als deutlich macht. Sie würde vielmehr das Konzept eines Europas der Nationen für richtig halten, dessen Basis eine lockere Zusammenarbeit starker, eigenständiger Nationalstaaten und die Vielfalt nationaler Identitäten bilden würde.

In ihrem Wahlprogramm 2010 beurteilt die Jobbik die Ergebnisse der EU-Mitgliedschaft Ungarns äußerst negativ, durch die sich, nach ihrer Überzeugung, die Lage Ungarns verschlechtert hat. Den Hauptgrund dafür sieht sie im entstehenden „Superstaat Europa“, in dem auf die Interessen der kleineren Mitgliedsstaaten keine Rücksicht genommen wird. Angesichts der politischen und wirtschaftlichen Tendenzen in der heutigen EU unterstützt die Jobbik gar den Gedanken aus der EU auszutreten. Anfang 2012 schlug sie einen noch viel radikaleren EU-feindlichen Ton an als früher, wofür die Verbrennung der Unionsflagge vor dem Gebäude der EU-Delegation in Ungarn Anfang 2012 ein deutliches Zeichen ist.

Die ausgeprägte Euroskepsis der Jobbik, die sich übrigens selbst nicht als euroskeptisch, sondern EU-realistisch begreift, wurzelt in ihrer allgemeinen außenpolitischen Orientierung. Anstelle der zu nichts führenden europäischen Integration sollte - als ein Schwerpunkt in der Jobbik-Außenpolitik- eine Wende nach Osten, eine Öffnung in Richtung Russland bzw. der aufstrebenden Großmächte in Asien (China, Indien, Iran) und der arabischen Welt vollzogen werden.

Die Werte bezüglich der Haltung der Jobbik-Parlamentsabgeordneten zur Europäischen Union zeigen eine niederschmetternde Euroskepsis. Was die weitere Verstärkung der europäischen Integration anbelangt, kommen die Jobbik-Abgeordneten auf einer zehnstufigen Skala, auf der die „10“ für die Antwort „muss verstärkt werden“ steht, dem niedrigsten Wert (völlige Ablehnung) sehr nahe (0,69). Dies wiederum verweist auf eine um Größenordnungen stärkere, euroskeptische Meinung, als sie für die Stammwähler, die ebenfalls erhebliche Vorbehalte gegenüber der EU (3,76) haben, oder die ungarische Gesellschaft insgesamt (4,43) charakteristisch sind. Dieses Ergebnis ist umso mehr eine Überraschung, als in der Fachliteratur gerade eine der am häufigsten betonten Thesen besagt, dass Wähler im Allgemeinen der EU gegenüber skeptischer sind als ihre Politiker: In den alten Mitgliedsstaaten stimmen nämlich nicht die integrationsfeindlichen Parteien ihre Wähler auf einen Anti-EU-Kurs ein, sondern die Wähler, die „aus Prinzip“ die EU stärker ablehnen, schieben ihre Partei in eine euroskeptische Position.

Insgesamt kann somit festgestellt werden, dass der durchschnittliche Jobbik-Wähler nationalistisch, hochgradig für Disziplin und Ordnung, zigeunerfeindlich und unzufrieden mit der derzeitigen Demokratie ist sowie ein aktives Engagement des Staates in der Wirtschaft unterstützt. Dagegen spielen Religion und Kirche im Leben der Wähler keine große Rolle, und auch ihre Globalisierungs- und EU-Feindlichkeit ist um ein Vielfaches gemäßiger, als man das gemeinhin annehmen würde. Mit Ausnahme wirtschaftspolitischer Inhalte und der Zigeunerfrage sind die Jobbik-Politiker im Hinblick auf alle untersuchten Themen bedeutend radikaler als ihre Wähler.

3) Wer sind die Jobbik-Wähler?

Ausgehend von den Wahlergebnissen 2009/2010 und dem weiteren Erstarben seither kann man die Jobbik ohne weiteres als eine Partei der Mitte bezeichnen. Hinter einer solchen Popularität steht im Allgemeinen eine breite gesellschaftliche Koalition, weshalb man sogar erwarten könnte, dass die Basis der Jobbik Volkspartei charakter trägt. Diese Hypothese wird jedoch durch die Ergebnisse von Meinungsumfragen mit der größten Anzahl an Auswertungskategorien und deren Analyse nur zu einem geringen Teil bestätigt.²⁵

Tabelle III: Parteien in der Gunst unterschiedlicher sozial-demografischer Gruppen 2010, die sich in der Wahl einer Partei sicher sind (N=3000)

		Fidesz	MSZP	Jobbik	LMP
Lebensalter	18-29	56	10	23	8
	30-39	64	9	18	5
	40-49	60	15	14	9
	50-59	55	20	11	9
	60 +	56	33	5	3
Geschlecht	Männer	55	18	18	7
	Frauen	61	18	11	6
Wohnort (Gemeindegröße)	Budapest	51	22	13	9
	> 50.000	55	18	14	7
	20-50.000	55	19	18	5
	5-20.000	61	17	15	5
	2-5.000	60	19	13	3
	< 2.000	67	14	13	5
Kirchengänger	regelmäßig	67	17	10	3
	gelegentlich	60	17	13	7
	nie	51	20	18	7
Schulbildung	höhere	49	19	13	13
	mittlere	52	18	16	9
	Facharbeiter	62	17	14	4
	max. 8 Klassen	75	19	4	2
MSZMP- Mitgliedschaft	war Mitglied	46	46	2	5
	war nie Mitglied	63	15	14	4

Quelle: Medián-Umfrage vor den Wahlen, April 2010

In der Fachliteratur und ungarischen Publizistik herrscht die weit verbreitete Ansicht, dass die Anhänger der radikalen Rechten in erster Linie zu den Randgruppen der Gesellschaft gehören. Eindeutig widerlegt wird dieser Irrglaube allerdings durch die Daten, die in Ungarn verfügbar sind. Auf die Sympathie für die Jobbik hat das Einkommen keinen signifikanten Einfluss. Gerade unter denjenigen mit der geringsten Schulbildung ist die Partei am wenigsten populär, während sie bei Personen mit mittlerer Schulbildung und Facharbeitern erheblichen Zuspruch findet, der seit 2009 sogar noch zugenommen hat.

²⁵ Bíró Nagy – Róna, 2011: Tudatos radikalizmus (Bewusster Radikalismus), in: András Lánzi (Red.): Nemzet és radikalizmus (Nation und Radikalismus)

Gefahren, die von der Krise ausgehen, und soziale Frustration sind nur sehr bedingt und auf indirekte Weise eine Erklärung für die Wahl einer radikalen Partei.²⁶

Das Lebensalter hingegen ist das markanteste Merkmal für das Jobbik-Publikum. Besonders in der Altersgruppe der unter 30jährigen erfreut sich die Partei einer weit über dem Durchschnitt liegenden Popularität, wobei dieser Anteil bei den Erstwählern mit ca. 30 % noch höher ausfällt. Wenn jedoch nur Rentner Wahlrecht hätten, wäre es für die Partei schon eine ernsthafte Herausforderung, über die parlamentarische 5-%-Schwelle hinwegzukommen. Interessant ist hierbei, dass die Zusammensetzung des rechtsextremen Lagers nach Altersgruppen deutlich an die des Fidesz von 1990 erinnert.

In Europa ist es nicht ungewöhnlich, dass die radikale Rechte in der jüngsten Altersgruppe überrepräsentiert ist, wobei man das allerdings nicht als allgemeine Tendenz bezeichnen kann. Solch ein auffälliger Zusammenhang, wie wir ihn in Ungarn festgestellt haben, ist dagegen für die westlichen Radikalen überhaupt nicht charakteristisch, was schon allein deshalb überrascht, weil den europäischen Erfahrungen zufolge junge Leute im Allgemeinen toleranter sind. Schön frühere Forschungen in Ungarn haben gezeigt, dass Zwanzigjährige im Vergleich zur älteren Altersgruppe ganz und gar nicht empfänglicher für die verschiedenen Formen von Fremdenhass, wie Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus oder Zigeunerfeindlichkeit, sind. Bezieht man nicht nur die Befragten, die Jobbik-Anhänger sind, sondern alle unter 30jährigen in die Analyse ein, kommt man zu dem Ergebnis, dass keine der Variablen, die die Sympathie für eine radikale Partei signifikant beeinflussen, auf das Lebensalter zurückgeführt werden kann. Junge Leute unterstützen den europäischen Integrationsprozess stärker, sind nicht so sehr für Disziplin und Ordnung und haben auch eine weniger ablehnende Haltung gegenüber Zigeunern als ältere Menschen. In Bezug auf Nationalismus, Ausländerfeindlichkeit, Anti-Establishment und Paternalismus weisen sie genau die gleichen Umfragewerte auf. Obwohl zweifellos auch jugendliches Aufbegehren bei der Sympathie für die Jobbik eine Rolle spielt, ist der Unterschied bei den einzelnen Haltungen und Einstellungen doch nicht so groß, als dass er die Entscheidung für eine Partei erklären würde. Auch der Radikalismus als solcher kann nicht das entscheidende Argument sein, weil die MIÉP unter den Jugendlichen ganz und gar nicht populär war.

Sehr wahrscheinlich spielen nicht die Einstellungen, sondern die Sozialisierung (Kohorteneffekt) bei der Herausbildung einer rechtsradikalen Identität die ausschlaggebende Rolle. Unter den heutigen Rentnern, deren Sozialisierung sich im Zeitalter des Kádár-Regimes vollzogen hat, ist die MSZP traditionell populär, während der Fidesz schon immer in der höchsten Gunst der Altersgruppe gestanden hat, die mit der Oppositionsbewegung Anfang der 80er Jahre aufgewachsen ist. Im Gegensatz dazu erinnert sich die Generation, deren Sozialisierung in die Zeit nach der politischen Wende fällt, nicht mehr an den Sozialismus, und Viktor Orbán ist für sie nicht mehr der Politiker, der am 16. Juni 1989 den Abzug der sowjetischen Truppen gefordert hat. Zwar ist der Fidesz auch unter den heute Zwanzigjährigen die populärste Partei, aber doch nicht mit den Prozentanteilen, wie sie bei den 30- und 40jährigen ermittelt wurden.

²⁶ Karácsony-Róna, 2010: A Jobbik titka. In: Politikatudományi Szemle, 2010/1.

Diese Generation hatte einfach keine Sozialisierungserlebnisse, die ihre politischen Anschauungen langfristig bestimmt hätten. In der Gruppe der Zwanzigjährigen ist die Neigung zu aktiver politischer Partizipation und zum Community Building viel stärker ausgeprägt, was auch auf die Akzeptanz radikalen politischen Auftretens zutrifft. Anders als die älteren Altersgruppen, die an die konfliktmeidende Politikkultur und den Mangel an Partizipationsmöglichkeiten gewöhnt waren, ist es der Generation, die sich nach der Wende sozialisierte, nicht so fremd, mit Gegensätzen offen umzugehen und aktiv politisch zu agieren. Dagegen fällt es den etablierten Parteien MSZP und Fidesz deutlich schwerer, junge Menschen anzusprechen, und damit lässt sich größtenteils auch erklären, warum die Jobbik – und in geringerem Maße die LMP - dieses Vakuum unter den jungen Leuten ausfüllen.

Nach dem Lebensalter ist das Geschlecht der auffälligste Faktor für die Jobbik als präferierte Partei. Eine Überrepräsentiertheit der Männer ist in Ungarn nur selten anzutreffen, im Falle der meisten radikalen Parteien in Europa ist ein solcher Männerüberschuss allerdings gang und gäbe (“Männerparteien”). Was die Rhetorik der radikalen Partei zu Glaubensfragen anbelangt, so erscheint die Tendenz überraschend, dass die Wahrscheinlichkeit, mit der jemand die Jobbik wählt, sinkt, je aktiver er seinen Glauben ausübt.

Die Verteilung der Jobbik-Wähler nach Gemeindegröße zeigt, dass die Partei in kleinen und mittleren Städten die größte, in Städten über 50.000 und Ortschaften unter 5.000 Einwohnern hingegen eine geringere Popularität besitzt, während sie in der Hauptstadt Budapest am schwächsten aufgestellt ist (Tabelle IV). Darüber hinaus hat die Differenz zwischen den Hochburgen der Radikalen und den „schwächeren“ Komitaten weiter zugenommen. Von 2009 bis 2010 hat sich diese geographische Verteilung der Jobbik-Wählergemeinde in der dargestellten Weise konzentriert. Während die Jobbik im Komitat Pest und besonders in Budapest selbst trotz der viel höheren Wahlbeteiligung kaum neue Wähler für sich gewinnen konnte (2010 erhielt die Partei in der Hauptstadt im Verhältnis zu den abgegebenen Wahlzetteln zwar weniger Stimmen, wegen der höheren Beteiligung bedeutete dies aber dennoch einen 35%igen Zuwachs), schnitt sie in Nordostungarn (Szabolcs, Borsod, Jász, Heves), und hier besonders in Szabolcs, sogar im Vergleich zu 2009 mit einem Stimmenzuwachs auf das Zweieinhalbfache außerordentlich gut ab. Interessanterweise gab es auch in den Komitaten Vas, Zala und Somogy, die eigentlich als schwieriges Terrain für die Jobbik gelten, eine dynamische Aufwärtsentwicklung, die über dem Landesdurchschnitt lag. Das ist allerdings eine Ausnahme, die nichts an der Tendenz des oben genannten Konzentrationsprozesses ändert.



Tabelle IV – Die Ergebnisse der Jobbik bei den Europäischen Parlamentswahlen 2009 und den ungarischen Parlamentswahlen 2010, nach Komitaten gegliedert

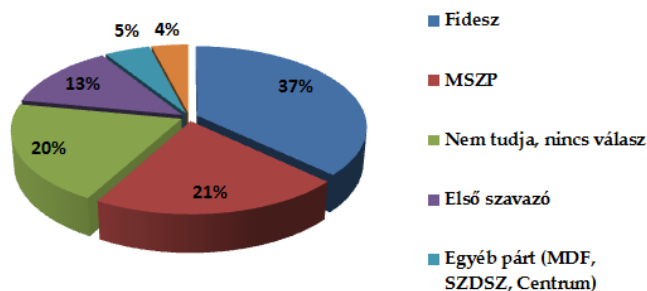
Komitat/Hauptstadt	EP-Wahl 2009 (Stimmenzahl)	Parlamentswahl 2010 (Stimmenzahl)	Differenz in Prozent	Stimmenzahl Differenz (2010/2009)
Landesweit	14,77% (427 773)	16,67% (855 436)	1,90	199,97%
Budapest	12,59% (75 605)	10,84% (102 138)	-1,75	135,09%
Baranya	10,70% (11 118)	12,68% (24 397)	1,98	219,44%
Bács-Kiskun	12,41% (17 869)	15,70% (41 448)	3,29	231,95%
Békés	16,56% (16 397)	19,21% (35 724)	2,65	217,87%
Borsod-Abaúj-Zemplén	22,88% (42 011)	27,20% (92 646)	4,32	220,53%
Csongrád	12,55% (14 015)	15,93% (33 157)	3,38	236,58%
Fejér	13,90% (16 524)	16,20% (35 897)	2,30	217,24%
Győr-Moson-Sopron	11,74% (15 965)	12,57% (29 364)	0,83	183,93%
Hajdú-Bihar	17,10% (24 600)	18,86% (50 473)	1,76	205,17%
Heves	20,17% (17 594)	24,97% (40 391)	4,80	229,57%
Jász-Nagykun-Szolnok	19,02% (18 807)	24,01% (46 613)	4,99	247,85%
Komárom-Esztergom	12,53% (10 594)	13,76% (21 251)	1,23	200,59%
Nógrád	18,68% (11 118)	20,82% (21 868)	2,14	196,69%
Pest	16,63% (59 026)	16,52% (103 689)	-0,11	175,67%
Somogy	10,94% (9 520)	14,23% (22 652)	3,29	237,94%
Szabolcs-Szatmár-Bereg	18,49% (26 030)	23,64% (65 423)	5,15	251,34%
Tolna	11,67% (7 669)	15,44% (18 315)	3,77	238,82%
Vas	9,25% (7 607)	12,09% (16 888)	2,84	222,01%
Veszprém	13,44% (14 131)	14,66% (27 897)	1,22	197,42%
Zala	12,92% (10 546)	16,91% (25 205)	3,99	239,00%

Quelle: www.valasztas.hu, www.vokscentrum.hu, eigenen Berechnungen

Neben den soziodemografischen und geografischen Angaben sollte auch ein Blick auf die Wählerwanderungen zugunsten der Jobbik-Partei geworfen werden: Den Angaben einer Medián-Erhebung zufolge sahen die früheren Parteipräferenzen der Jobbik-Anhänger wie folgt aus: Größtenteils kamen sie vom Fidesz (37%), viele wissen oder sagen nicht, wen sie früher gewählt oder nicht gewählt haben (20%), 13% sind Erstwähler und 21% stimmten nach eigener Aussage 2006 für die sozialistische Partei (Abbildung 2). Anhand dessen scheint sicher zu sein, dass die meisten vom Fidesz zur Jobbik abgewandert sind und es auch einen „Lebensweg“ vom Sozialisten- zum Jobbik-Wähler gibt. Obwohl die Zahl der Letzteren in der Presse häufig zu hoch angegeben wird, scheint sie dennoch recht signifikant zu sein.

Abbildung 2 – Retrospektive Parteienpräferenz der Jobbik-Wähler 2010

A 2010-es Jobbik-szavazók retrospektív pártpreferenciája



Forrás: Medián

4) Einfluss der Jobbik auf die anderen politischen Kräfte

Ab 2006 spielte die Jobbik im politischen Leben Ungarns eine immer aktivere Rolle. Welchen Einfluss die Rechtsextremen seitdem auf Fidesz, MSZP und LMP hatten und haben, soll nachfolgend erörtert werden.

Von 2010 bis 2012 betrachtete der Fidesz nicht so sehr die MSZP, sondern vielmehr die Jobbik als Gegner. Führende Fidesz-Politiker gingen nämlich davon aus, dass die sozialistische Partei nach ihrer Niederlage von 2010 (bzw. der dafür verantwortlichen Regierungszeit von 2006 bis 2010) über lange Zeit hinweg ihre Glaubwürdigkeit nicht wiederherstellen kann und deshalb eine sprunghafte Zunahme ihrer Wählerbasis nicht zu erwarten ist. An Glaubwürdigkeit mangelte es der Jobbik dagegen nicht, und als „frische“ politische Kraft stand ihr theoretisch nichts im Wege, die eigene Popularität parallel zur laufend abnehmenden Unterstützung für den Fidesz²⁷ zu erhöhen.

In Wirklichkeit gab es allerdings gleich zwei wichtige Faktoren, die einem Erstarken der Jobbik entgegengewirkt haben. Einerseits blieb die Jobbik auch nach dem Einzug ins Parlament eine rechtsextreme Partei im klassischen Sinne. Ihre Aussagen und ihr politischer Stil haben sich im Vergleich zur Zeit vor den Wahlen in keiner Weise abgemildert, was wiederum in erheblichem Maße die Wählergruppe eingrenzt, die für die Jobbik potenziell die Basis bilden kann. Andererseits hat der Fidesz der Jobbik laufend ihre Themen²⁸ „weggenommen“, indem er mehrere ihrer Programmpunkte verwirklicht und teilweise auch Botschaften der rechtsextremen Partei benutzt hat.

²⁷ http://tenytar.blog.hu/2012/02/23/nepszeruseg_orban_gyurcsany_nyomaban

²⁸ http://www.policysolutions.hu/userfiles/elemzesek/Policy%20Solutions_Mi%20maradt%20a%20Jobbiknak.pdf



Wie auch die folgende Tabelle zeigt, kamen zahlreiche Themen auf die Tagesordnung der Regierung, die ursprünglich eindeutig in der „Werkstatt“ der Jobbik das Licht der Welt erblickt hatten. Auf jede der nachstehenden Maßnahmen treffen zwei Aussagen zu: (1) Sie waren nicht Bestandteil des Wahlprogramms und auch nicht der Kommunikation des Fidesz als Oppositionspartei von 2006 bis 2010. (2) Im Jobbik-Programm waren sie einzeln aufgeführt, wurden aber letztlich vom Fidesz als Regierungspartei umgesetzt.

Tabelle V – Auflistung der Regierungsmaßnahmen, die von der Jobbik inspiriert wurden, 2010-2012

Zitat aus dem Jobbik-Wahlprogramm von 2010	Maßnahmen der Fidesz-Regierung
„Der Beitrag der Multis zu den Steuereinnahmen ist verschwindend gering, generierten Gewinn lassen sie mit Buchführungstricks verschwinden und schaffen ihn außer Landes.“	Die Orbán-Regierung erhebt Sondersteuern ²⁹ für die Telekommunikationsbranche, Energiedienstleister und Einzelhandelsketten. Diese Bereiche sind zumeist in ausländischem Besitz, sprich in der Hand multinationaler Firmen.
„Das obligatorische Privatrentensystem schaffen wir ab und führen es zurück in das staatliche System, wobei die individuelle Kontoführung erhalten bleibt. Wir ermöglichen die freie Rentenkassenwahl und schaffen die obligatorische Mitgliedschaft in privaten Rentenkassen ab.“	Der Fidesz verstaatlichte die Ersparnisse in privaten Rentenkassen. Im Gegensatz zur Jobbik war der Wechsel in das staatliche System aber nicht das Ergebnis einer freien Entscheidung ³⁰
„Anders als bei den wilden Auswüchsen der neoliberalen Bildungspolitik befürwortet die Jobbik die Notenvergabe und auch die Schuljahrwiederholung“.	Fidesz-KDNP haben Notenvergabe und Schuljahrwiederholung im öffentlichen Schulwesen wiedereingeführt. ³¹
„Es muss der Grundsatz verdeutlicht werden, dass die Heilige Krone und der Ungarische Staat sowie auch die Heilige Krone und die (aus Mitgliedern unterschiedlicher Nationalitäten und Religionen bestehende) Nation identisch sind. Die Heilige Krone bedeutet den Ungarischen Staat in offiziellen Texten und Rechtsvorschriften.“	Der Verweis auf die Heilige Krone wurde in das Grundgesetz aufgenommen: „Wir halten die Errungenschaften unserer historischen Verfassung und die Heilige Krone in Ehren, die die verfassungsmäßige, staatliche Kontinuität Ungarns und die Einheit der Nation verkörpern.“
„Die Jobbik erlässt ein Mediengesetz, das einen neuen, wertorientierten, öffentlich-rechtlichen Charakter der Medien schafft und dafür die Kriterien, wie Aufbau der nationalen Identität, vielfältige Wissensvermittlung und ausgewogene Informationen, festlegt. Anstelle der heutigen, sich über Jahre hinweg erstreckenden Praxis ermöglichen wir eine schnellstmögliche Vollstreckbarkeit von Strafen, mit denen einzelne Medien belegt werden.“	Der Fidesz erließ ein neues Mediengesetz, zwecks dessen Annahme er sogar die Verfassung abänderte. Die Orbán-Regierung würde sämtliche ungarischen Medien unter die Aufsicht von Personen stellen, die sie selbst ernannt hat. ³² In der Begründung zu den Gesetzentwürfen sind die gleichen „wertorientierten“ Argumente zu lesen, wie bei der Jobbik. Der Entwurf sieht umfassende Sanktionsmöglichkeiten für die Medienbehörde vor.
„Für die oberen Klassen an Grundschulen schreiben wir verpflichtend vor, in mindestens einem Schuljahr eine Klassenfahrt in uns entrossene ungarische Gebiete zu veranstalten.“	Auf Anregung der Regierung kann jeder Schüler einer öffentlichen Bildungseinrichtung mindestens einmal mit staatlicher Unterstützung von Ungarn bewohnte Gebiete in den Nachbarländern besuchen. Basis dafür ist der Beschlussentwurf, den das Parlament im Oktober angenommen hat. ³³
„Die christlichen Wurzeln Ungarns verankern wir im Grundgesetz.“	Auch der Verweis auf das Christentum wurde ins Grundgesetz aufgenommen: „Wir sind stolz darauf, dass unser König, der Heilige Stephan, den ungarischen Staat vor eintausend Jahren auf ein festes Fundament gestellt und unsere Heimat zu einem Teil des christlichen Europa gemacht hat.“ „Wir erkennen die Rolle des Christentums als Bewahrer der Nation an.“

²⁹ http://hyg.hu/gazdasag/20101018_kulonado_parlament

³⁰ http://www.fn.hu/belfold/20101124/annyi_magannyugdijpenztaraknak/

³¹ <http://www.mr1-kossuth.hu/hirek/itthon/lehet-majd-buktani-es-osztalyozni-az-also-tagozatot.html>

³² http://hirszerzo.hu/belfold/20101126_sajtofelugyelet_mediatorveny_Szalai

³³ <http://csepel.info/?p=11244>



„Wir entfernen unverzüglich die Károlyi-Statue vom Kossuth-Platz. Wir sind für die Wiedererrichtung der Regnum-Marianum-Kirche, die von der stalinistisch-rakosistischen Willkür gesprengt wurde. Der Roosevelt-Platz bekommt den ihm einzig würdigen Namen, den den Grafen István Széchenyi!

Bezeichnungen öffentlicher Plätze, die mit negativen historischen Personen oder Epochen verbunden sind werden abgeschafft und ihre Statuen an entsprechende Orte verbracht.“

„Zur Erinnerung an Miklós Horthy, Albert Wass, Pál Teleki, Ottokár Prohászka, Cecile Tormay, Béla Hamvas und unsere anderen, unwürdigerweise vergessenen Größen wird zusammen mit der Zivilgesellschaft ein landesweites Programm zur Errichtung von Statuen auf öffentlichen Plätzen eingeleitet.“

Im März 2012 wurde die Károlyi-Statue vom Kossuth-Platz entfernt. Die Fidesz-Mehrheit im Budapester Stadtparlament benannte den früheren Roosevelt-Platz in Széchenyi-Platz um. Wie es in einem Änderungsantrag von Fidesz und KDNP zum Kommunalverwaltungsgesetz heißt, „darf kein öffentlicher Platz und keine öffentliche Einrichtung weder den Namen einer Person, die an der Begründung, Errichtung oder Erhaltung politischer Willkürherrschaftssysteme im 20. Jahrhundert beteiligt war, noch als Namen einen Ausdruck oder den Namen einer Organisation tragen, die unmittelbar auf politische Willkürherrschaftssysteme des 20. Jahrhunderts verweisen oder sie in Erinnerung bringen“.³⁴

Ein Platz wird unter anderem nach Albert Wass benannt.³⁵

Bei in Not geratenen Devisenkreditnehmern setzen wir unverzüglich Wohnschränkungen für ein Jahr aus. Gleichzeitig schaffen wir per Gesetz die Möglichkeit der Banken zur einseitigen Vertragsänderung ab und schreiben verbindlich vor, dass bei Krediten mit einer mehr als dreijährigen Laufzeit mindestens einmal die Möglichkeit besteht, die Kredittilgung ohne zusätzliche Bedingungen und Strafzinsen für 6-12 Monate auszusetzen. Sollte eine Versteigerung der als Sicherheit dienenden Wohnung unvermeidbar sein, muss dem Eigentümer zuvor eine Frist von mindestens 6 Monaten zum Verkauf auf dem freien Markt eingeräumt werden.

Im Frühjahr 2011 wurde auf Antrag der Fidesz-Abgeordneten durch eine entsprechende Abänderung des Gerichtsvollstreckungsgesetzes das Wohnschränkungsverbot, das bis zum 15. April in Kraft gewesen wäre, um zweieinhalb Monate verlängert.³⁶

Schon früher hatte das Parlament im Rahmen des Gesetzespaketes zur Unterstützung von Kreditnehmern auch das Verbot einseitiger Vertragsänderungen zuungunsten des Kunden erlassen.³⁷

Zu den Maßnahmen, die die Regierung zum Schutz von Devisenkreditnehmern getroffen hat, zählt auch die Möglichkeit, Fremdwährungskredite zu einem fixierten Wechselkurs vorzeitig und auf einen Schlag zu tilgen.

„Mit dem Ziel, die Anhäufung von bezahlten Ämtern unter Politikern zu unterbinden, verbieten wir Parlamentsabgeordneten unter anderem die Ausübung des Bürgermeisteramtes sowie die Mitgliedschaft in Kommunal- und Komitatsparlamenten.“

Im März 2012 brachte die Regierungspartei einen Entwurf zum Parlamentsgesetz ein, in dem die Unvereinbarkeit der Parlamentsmitgliedschaft mit dem Bürgermeisteramt verankert ist.³⁸

Am Tag der konstituierenden Parlamentsitzung stellte die Jobbik den Antrag, den Jahrestag der Entscheidung von Trianon zum nationalen Gedenktag zu erklären.

Ende Mai 2010 erklärte das Parlament den Tag der Unterzeichnung des Friedensvertrages von Trianon zum Tag der Nationalen Zusammengehörigkeit.³⁹

„Brechen wollen wir mit der landesverräterischen politischen Praxis, die sowohl die MSZP, als auch der Fidesz und die anderen Parlamentsparteien verfolgt haben und durch ein unterwürfiges Bedienen von Unionsinteressen, und sei es zulasten heimischer Interessen, charakterisiert war. Denken wir hierbei nur an den hastigen und mit Selbstaufgabe verbundenen Abschluss der Unionsverhandlungen, an den bedingungslosen EU-Beitritt Rumäniens oder die blitzschnelle Annahme des ungelesenen Lissabon-Vertrages. Die Jobbik wird, wenn es sein muss, auch auf Konfrontationskurs zu Brüssel gehen. Wenn wir zwischen den Interessen der Nation und der Union wählen müssen, werden wir keine Angst haben, uns für unsere Heimat und Nation zu entscheiden.“

Eher typisch für die EU-Politik der Orbán-Regierung, das sie vor Konflikten nicht zurückscheut und nationale Interessen über die der Gemeinschaft stellt. In der Kommunikation der Regierung wird oft Kritik an den Institutionen der Europäischen Union geübt, und die EU-Rhetorik des Ministerpräsidenten in Ungarn selbst nimmt immer radikalere Züge an.⁴⁰

³⁴ http://hyg.hu/itthon/20111109_Fidesz_KDNP_kommunista_utcanevek

³⁵ http://www.vasnepe.hu/kozugyek_politika/20110427_nevcserek_budapestben_szell_kalman_ter

³⁶ <http://www.metropol.hu/cikk/702498>

³⁷ <http://www.jogiforum.hu/hirek/24000>

³⁸ <http://mno.hu/belfold/a-fidesz-benyujtotta-az-orszagguyesrol-szolo-torvenyjavaslatot-1060189>

³⁹ <http://www.hir24.hu/belfold/2010/05/31/lesz-trianon-emleknep-junius-4-en/>

⁴⁰ http://index.hu/belfold/2012/03/16/orban_elnaspangolta_az_eu-t/



So augenfällig der Jobbik-Einfluss auf die Politik der rechtskonservativen Regierungskoalition auch sein mag, wäre es doch ein Irrtum zu glauben, dass die rechtsextreme Partei nur die Fidesz-KDNP-Aktivitäten beeinflusst. Für die Akteure in der ungarischen Parteienlandschaft bedeutete die Jobbik eine Herausforderung, die nicht einfach außer Acht gelassen werden konnte. Zu den Rechtsradikalen vertrat die derzeit größte Oppositionspartei, die MSZP, schon während ihrer Regierungszeit einen konsequenten Standpunkt, der sich auch nach 2010 nicht änderte. In Wort und Tat hat die sozialistische Partei jede Form der Zusammenarbeit mit der Jobbik von Anfang an ausgeschlossen.

Immer trat die MSZP gegen Rassismus und soziale Vorurteile auf, was auch in ihrem Gründungsprogramm⁴¹ und Statut⁴² sowie in ihren politischen Äußerungen zum Ausdruck kommt. Da die Sozialisten erkannt haben, welche fachpolitischen Bereiche sie während ihrer zwei Regierungsperioden von 2002 bis 2010 nicht ausreichend betont hatten, ist nunmehr im Programmbeirat und auf den sonstigen Plattformen mit immer größerem Gewicht von der Roma-Integration und der Entwicklung Ostungarns die Rede. Paradoxerweise wurde die MSZP durch das Erstarken der Jobbik damit konfrontiert, wo während ihrer Zeit als Regierungspartei Mängel aufgetreten sind. Um diese zu korrigieren, werden nun in der sozialistischen Partei Versuche unternommen. So hat man zum Beispiel mit der Ausarbeitung eines eigenständigen Ostungarn-Programms begonnen.⁴³

Infolge der Herausforderung, die die Rechtsextremen darstellen, machte sich die MSZP noch während der Gyurcsány-Regierung 2008 an die landesweite Umsetzung des so genannten „Monok-Modells“,⁴⁴ d. h. des Grundsatzes „staatliche Beihilfe im Gegenzug für Arbeit“, das der Fidesz 2010/2011 dann abänderte, in dem er den Lohn für Gemeinwohlarbeit erheblich senkte (bei Vollzeitarbeit von ca. HUF 60.000 auf 47.000)⁴⁵ und gleichzeitig das Programm weiter ausdehnte.

Zweck beider Programme ist es, auf gesellschaftlichen Druck hin die „Kostenlosigkeit“ staatlicher Unterstützungen und Beihilfen – egal wie knapp sie auch bemessen sind – abzuschaffen. Im Gegenzug sollen die Kommunen, die diese Gelder zahlen, Arbeit einfordern. Eine derartige Reformierung der Beihilfen hatte zuerst der Bürgermeister der Gemeinde Monok, Zsolt Szepessy, angeregt, und später wurde sie von den Rechtsradikalen stark unterstützt⁴⁶, besonders wegen der Vorurteile im Zusammenhang mit Zigeunern, die von diesen Beihilfen ihren Lebensunterhalt bestreiten.

⁴¹ http://www.mszp.hu/sites/default/files/j%20Ir%C3%A1nyt%C5%B1_0_0.pdf

⁴² http://www.mszp.hu/sites/default/files/A%20MAGYAR%20SZOCIALISTA%20P%C3%81RT%20ALAPSZA%20B%20C%81LYA_0.pdf

⁴³ http://www.delmagyar.hu/belfold_hirek/majus_elsejere_kesz_az_mszp_valasztasi_programja/2266498/

⁴⁴ <http://www.origo.hu/itthon/20080707-monoki-modell-szocialis-segely-nem-megoldas-a-kotelezo-kozmunka.html>

⁴⁵ http://index.hu/belfold/igazamagaz/2012/02/17/47_ezer_forintot_kapnak_akik_eddig_28_5_ezret/

⁴⁶ Zitat aus dem Parlamentswahlprogramm der Jobbik 2010 „Radikaler Wandel“, Kapitel: „Abkehr vom Zigeunerweg“: „Anstatt Sozialhilfe muss allen, die arbeitsfähig sind, Arbeit, gegebenenfalls Gemeinwohlarbeit, gegeben werden.“



Die Partei „Lehet Más a Politika - LMP“ (Politik kann anders ein – d.Ü.) weist in zwei Bereichen große Ähnlichkeiten zur Jobbik auf: in der Anti-Establishment-Haltung und im Kampf gegen die Korruption. Wie die Jobbik greift auch die LMP die politische Elite der vergangenen 22 Jahre seit der politischen Wende unabhängig von konservativen oder linksliberalen Bruchlinien an. Eine der wichtigsten LMP-Botschaften ist die Beseitigung der Korruption. Immer mehr baut ihr politischer Aktivismus auf dieser Thematik auf, was sich nicht nur am Auftreten im Parlament, sondern auch an anderen Veranstaltungen und Pressekonferenzen der Partei zeigt.⁴⁷ Einer Analyse des Median-Meinungsforschungsinstituts zufolge wetten Jobbik und LMP darüber hinaus um politikverdrossene Wähler, die ebenfalls gegen Korruption sind. Wie die Umfrage zeigt, „hat die LMP teilweise zum Nachteil der Jobbik an Boden gewonnen. Beide Parteien sind unter jungen Menschen populär, und wahrscheinlich haben Anti-Establishment-Haltung und Empörung über Korruptionsskandale viele Protestwähler der LMP, und nicht der Jobbik, näher gebracht“.⁴⁸

Im Unterschied zur MSZP hält die LMP die Jobbik-Partei nicht unter „Quarantäne“, denn das kann man, wie sie sagt, mit einer Partei, die von 16% der Bürger unterstützt wird, nicht machen. Sehr deutlich wird die mehr offene Haltung gegenüber der Jobbik durch die Tatsache, dass der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der LMP, Gergely Karácsony, im Juli 2011 eine gemeinsame „technische Koalition“ mit der rechtsextremen Partei vorgeschlagen hat. Danach sollten sich die Oppositionsparteien – die linksliberalen MSZP und LMP bzw. die rechtsextreme Jobbik – bei den Parlamentswahlen 2014 zusammenschließen, um mit der Zweidrittelmehrheit im Parlament zuerst die Verfassung und das Wahlgesetz des Fidesz ändern und dann nach Auflösung des Parlaments Neuwahlen ausschreiben zu können. Unter Berufung auf prinzipielle Gründe lehnten sowohl MSZP als auch Jobbik diese Idee der LMP ab. Ein solcher Zusammenschluss hätte nämlich nicht nur „vorübergehend“ eine ideologische Selbstaufgabe der Oppositionsparteien zur Folge gehabt, sondern wäre auch wahlkampftechnisch⁴⁹ sehr schwer machbar gewesen. Diesen Vorschlag für eine technische Koalition sollte man allerdings nicht als eine Annäherung von Jobbik und LMP, sondern als eine Erklärung der LMP gegen den Fidesz interpretieren, um darauf aufmerksam zu machen, dass die Regierungsmehrheit nach Meinung der grünen Partei die demokratischen Spielregeln eklatant verletzt hat.

⁴⁷ <http://lehetmas.hu/sajtokozlemenyek/30448/az-lmp-korrupcios-tabloval-jarja-a-varosokat/>

⁴⁸ <http://www.median.hu/printcikk.ivy?artid=7c017750-53b9-4a03-87c6-a771ee519bb8>

⁴⁹ http://belfold.ma.hu/tart/cikk/a/0/105006/1/belfold/Ciki_a_teknikai_koalicio_csupan_csak_teknikailag_lehetetlen



5) Rechtsextremismus in den Medien

Weder in Europa noch in Ungarn hat sich in den vergangenen Jahrzehnten ein allgemeiner Konsens zu der Frage entwickelt, wie die Medien mit extremen politischen Formationen umgehen sollten.⁵⁰ Obwohl in Analytikerkreisen allgemein die Auffassung herrscht, dass die Medienpräsentation der Jobbik, gemessen an der Wählergunst, sehr schwach ist, trifft diese Behauptung in erster Linie nur auf die Mainstream-Medien (Fernsehen, Rundfunk, gedruckte Presse) zu. Einerseits hat sich die Jobbik erfolgreich eigene alternative Medien geschaffen⁵¹, und andererseits kann die Presse für eine Partei nicht nur hilfreich sein, in dem sie über Nachrichten und Initiativen, die von der betreffenden Partei „kommen“ berichtet, sondern auch, in dem sie sich außerordentlich viel mit den wichtigsten Themen der Partei beschäftigt. Natürlich ist das ein Prozess in zwei Bahnen: Eine Partei kommuniziert mit Erfolg, wenn sie einen unverwechselbaren und den Anschein von Kompetenz erweckenden Standpunkt in Fragen vertritt, die die meisten Menschen bewegen.

In diesem Kapitel der Studie soll das Verhältnis zwischen Medien und Rechtsradikalismus aufgezeigt und weiter untersucht werden, wie die Medien traditionell mit dem Rechtsextremismus in Ungarn umgegangen sind und was sich um 2007, als die Jobbik an Stärke gewann, veränderte. Es wird eine Antwort auf die Frage gegeben, welcher Art die Medienrepräsentation der Rechtsextremen ist und wie sich die Partei eine eigene, alternative Medienwelt geschaffen hat, mit der sie ihre Anhänger effektiv ansprechen konnte. Am Ende soll dann noch darauf eingegangen werden, welche Rolle die ungarischen Medien dabei gespielt haben, dass die Jobbik zur drittstärksten Partei in Ungarn wurde.

Judit Barta unterscheidet in ihrer Studie „Der Umgang mit der rechtsradikalen Thematik in Ungarn“⁵² grundsätzlich drei Tendenzen im Hinblick darauf, wie die Medien mit den Akteuren rechtsextremer Politik und ihren Aussagen umgegangen sind und bis heute umgehen. Grundsätzlich lässt sich mit dem Wort Überdramatisierung wohl am besten beschreiben, wie in Ungarn die linksliberalen Parteien mit den Rechtsextremen umgehen:⁵³ Man übertreibt das Problem, reagiert ganz allgemein und geht auf vielleicht sogar relevante Problemstellungen nicht ein, für die die Rechtsextremen dann mit populistischen, demagogischen und zumeist ausgesprochen schädlichen Vorschlägen aufwarten. Problematisch ist diese Strategie vor allem deshalb, weil sie es den Rechtsextremen – in diesem Fall der Jobbik – überlässt, sich bei bestimmten Fragen⁵⁴ als einzig kompetente Partei in den Augen der Wähler darzustellen.

⁵⁰ <http://nms.sagepub.com/content/8/4/573.abstract>

⁵¹ Karácsony-Róna (2010) oder http://www.politicalcapital.hu/letoltes/20091028_PC_Latlelet_2009.pdf

⁵² http://www.mediakutato.hu/cikk/2008_04_tel/05_szelsojobb_a_magyar_sajtoban

⁵³ http://www.policysolutions.hu/userfiles/elemezsek/Policy%20Solutions_B%C5%B1bakk%C3%A9p%C3%A9z%C3%A9s_%C3%A9s_antrasszizmus.pdf

⁵⁴ Hauptsächlich in der Roma-Diskussion.



Eklatantes Beispiel dafür ist die Affäre um Diana Bácsfi aus dem Jahr 2004, als eine einsame Rechtsextreme so große Medienaufmerksamkeit bekam, als hätte die ungarische Gesellschaft es mit einer sozial breit unterstützten Gruppe zu tun.⁵⁵

Bagatellisierung bedeutet im Grunde genommen, Rechtsextremismus salonfähig zu machen, und diese Bagatellisierung betreiben nicht nur die Medien, sondern auch die rivalisierenden Parteien. Ein gefährliches Phänomen wird auf diese Weise von den Medien vertuscht, als bedeutungslos und unschuldig dargestellt. So geht derzeit das öffentliche Fernsehen mit der Jobbik um, es macht keinen Unterschied zwischen ihr und anderen, nicht radikalen Oppositionsparteien.

Drittes Problem bei den Mainstream-Medien im Zusammenhang mit radikalen Ideologien ist die Unterstützung, was in erster Linie auf die konservative, Fidesz-nahe geschriebene und elektronische Presse zutrifft. Beispiele hierfür ließen sich in einer sehr langen Liste aufzählen, so die zigeunerfeindlichen Äußerungen eines Zsolt Bayer,⁵⁶ die Auftritte von Ferenc Szaniszló im Echo TV (die auf der inoffiziellen Online-Plattform der Jobbik, der Website kuruc.info, regelmäßig zitiert werden)⁵⁷ oder die zahlreichen Artikel in den Zeitungen „Demokrata“ und „Magyar Hírlap“.

- **Fernsehen**

In den privaten Fernsehsendern mit den größten Einschaltquoten spielen die Jobbik nur eine Randrolle. Laut einer Medienanalyse⁵⁸ des Policy Solutions gibt es Wochen, in denen die Partei in den Abendnachrichten von RTL Klub und TV2 überhaupt nicht vorkommt. Besondere Bedeutung erhält dies durch die Tatsache, dass sich den Einschaltquoten zufolge⁵⁹ die Abendnachrichten von rund 1, 3 Millionen Zuschauern täglich gesehen werden. Die gleiche Analyse zeigt, dass die Jobbik beim Sender ATV die häufigste Bildschirmpräsenz besitzt, die mit 8% aber noch immer um die Hälfte unter dem Wahlergebnis der Jobbik von 2010 liegt. Was Fernsehauftritte von Politikern der rechtsextremen Partei anbelangt, ist die Situation für die Jobbik noch schwieriger, denn in der untersuchten Zeitspanne hatten sie dazu ausschließlich im Hír TV und im Duna TV die Möglichkeit.

⁵⁵ <http://index.hu/belfold/bdpsz0917/>

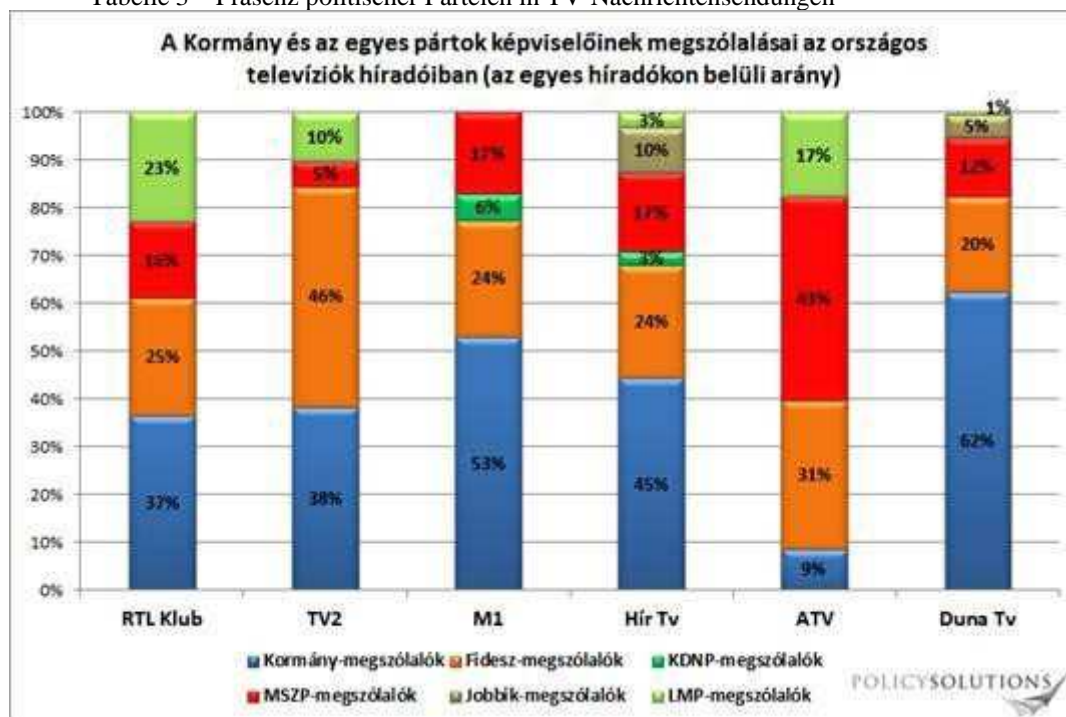
⁵⁶ Z.B. <http://mn.mno.hu/portal/379046>

⁵⁷ <http://kuruc.info/t/35/74249/>

⁵⁸ http://www.policysolutions.hu/userfiles/elemzesek/Policy_Solutions_Media_kiegyensulyozottsag.pdf

⁵⁹ Quelle: AGB Nielsen Media Research, <http://www.brandtrend.hu/index.php?func=search&tip=nezettseg>

Tabelle 3 – Präsenz politischer Parteien in TV-Nachrichtensendungen



Auch eine andere Untersuchung⁶⁰ bestätigt die Isoliertheit der Jobbik in TV-Nachrichtensendungen. Ein Zeitraum von zwanzig Wochen wurde hierbei analysiert, mit dem Ergebnis, dass die rechtsextreme Partei im Großen und Ganzen genauso häufig in den Medien erscheint wie die LMP. Bei RTL Klub geht es in 4% der Nachrichtensendungen um die Jobbik, und bei TV2 ist es gar nur 1%. Im Gegensatz dazu liegt dieser Anteil in den abendlichen Hauptnachrichten⁶¹ des staatlichen Senders M1, die durchschnittlich von 570.000 Menschen gesehen werden, laut einer Erhebung des Republikon-Instituts bereits bei 11%. Gemessen an der Popularität ist die Jobbik auch dieser Analyse zufolge bezüglich der TV-Auftritte ihrer Politiker unterrepräsentiert. Sogar die LMP liegt in dieser Kategorie noch regelmäßig vor ihr. Wichtig ist an dieser Stelle der Hinweis, dass seit dem Regierungswechsel 2010 es nicht nur für die Jobbik, sondern für die gesamte Opposition schwierig ist, in die Medien zu gelangen.

• Rundfunk

Die „Mittagschronik“ des Rundfunksenders Kossuth Rádió ist das populärste Nachrichtenmagazin in Ungarn, das wochentags im Durchschnitt eine Zuhörerschaft von 769.000 hat.⁶² Wie die Untersuchung des Policy Solutions⁶³ zeigt, ist der Fidesz zu fast drei Viertel der Sendezeit des Magazins präsent.

⁶⁰ http://www.republikon.hu/upload/5000244/Media_2011-37-40.pdf

⁶¹ <http://www.mtvzrt.hu/?id=200917>

⁶² Quelle: http://os.mti.hu/hirek/69766/mtva-kozlemeny-a_kozmedia_uj_rendszereben_hallgatottsagi_csucskok_a_magyar_radioban

⁶³ http://www.policysolutions.hu/userfiles/elemzesek/PS%20m%C3%A9diaelemz%C3%A9s_MR1_D%C3%A9li%20Kr%C3%B3nika.pdf



Damit gilt für den staatlichen Rundfunk das gleiche Ergebnis wie für das Fernsehen: Die Präsenz in den Mainstream-Medien ist für die Oppositionsparteien sehr schwierig geworden. Bezug zur Jobbik haben Nachrichten zum Beispiel nur in Ausnahmefällen (6% aller Meldungen), und die LMP ist aus der Mittagschronik fast völlig verbannt (1%). Aus der Analyse geht weiter hervor, dass positiv und negativ gehaltene Meldungen über die Jobbik zu mehr oder weniger gleichen Anteilen in der Sendung des Kossuth Rádió mit der höchsten Einschaltquote zu hören waren. Noch schwieriger ist es für die rechtsextreme Partei, in politischen Sendungen privater Rundfunksender Erwähnung zu finden. Ebenfalls einer Untersuchung des Policy Solutions zufolge⁶⁴ gab es eine Woche, in der die Jobbik in den Nachrichten der Rundfunksender Class FM und Neo FM keine einzige Sekunde Sendezeit bekam, was umso signifikanter ist, als diese beiden Sender auch eine Hunderttausende zählende Zuhörerschaft⁶⁵ haben und vor allem in den jüngeren Altersgruppen die Meinungsbildung beeinflussen.

- **Gedruckte Presse und Internet**

Bezüglich der gedruckten Presse gibt es keine Erhebung, die eine Über- oder Unterrepräsentiertheit der Jobbik bestätigen würde, wobei allerdings die gedruckte Presse, im Gegensatz zu den staatlichen Medien, auch nicht zur Ausgewogenheit verpflichtet ist⁶⁶. Trotz fehlender Untersuchungen kann jedoch als Tatsache angesehen werden, dass die Blätter, die der Jobbik gegenüber in positivem Sinne voreingenommen sind, nicht zu den am meisten gelesenen Presseerzeugnissen gehören. Aus diesem Grund war die Jobbik dazu gezwungen, sich eine eigene, alternative Medienwelt zu erschaffen⁶⁷, die dann später zu einem der Geheimnisse für ihren Erfolg werden sollte: Online-Plattformen wurden aktiv und erfolgreich genutzt, um die Basis für die Bekanntheit und Popularität der Jobbik unter der jungen Generation zu legen.

Wegen der Schwierigkeiten, Zugang zu den Mainstream-Medien zu bekommen, musste die Jobbik eigene, alternative Medien aufbauen, für die sich das Internet anbot. Von 2006 bis 2010 errichtete die Jobbik ein „Online-Netzwerk“, bei dem nicht nur die miteinander verknüpften Nachrichtenportale, sondern auch die Community Media, die mit der fortschreitenden technischen Entwicklung immer wichtiger wurden, eine maßgebende Rolle spielten. Das erkannte die Jobbik sehr schnell, weshalb sie seither über die verschiedenen sozialen Netzwerke effizienter kommuniziert und mehr Leute anspricht als Parteien, die von der Organisation und Wählergunst her größer sind.

⁶⁴ http://www.policysolutions.hu/userfiles/elemzesek/Policy%20Solutions_Kereskedelmi%20r%C3%A1di%C3%B3_k.pdf

⁶⁵ http://www.kreativ.hu/kutatas/cikk/a_class_fm_es_az_mr1_kossuth_a_leghallgatottabb_radio

⁶⁶ <http://www.jogiforum.hu/hirek/25827>

⁶⁷ Bíró Nagy-Róna (2010.)



Hauptschauplatz für die Online-Kommunikation der Jobbik ist mit täglich 65.000 Besuchern⁶⁸ das Portal *kuruc.info*, das eine viel radikalere und weniger verdeckte Neonazi-Ideologie als die offizielle Partei propagiert. Neben diesem Portal gibt es noch *barikad.hu* mit 20.000 und *hunhir.hu* mit 12.000 Besuchern, die damit ebenfalls zu recht stark frequentierten Webseiten zählen. Dies sind jedoch nicht die einzigen Internetseiten, die ihren Lesern, ähnlich wie *kuruc.info*, hauptsächlich rechte Inhalte bieten (ohne Anspruch auf Vollständigkeit: *nemzetihirhalo.hu*, *nemzetiegyletek.hu*, *szebbjovo.hu*, *mariaorszaga.hu*, *szentkoronaradio.hu*)⁶⁹.

Auf dem Markt der gedruckten Presse ist die Jobbik ebenfalls vertreten, zum einen mit dem Wochenblatt „Barikád“ (Barrikade - d.Ü.), das jeden Donnerstag in einer Auflage von 10.000 Exemplaren erscheint,⁷⁰ und zum anderen mit der Boulevardzeitung „Hazai Pálya“ (Heimspiel – d.Ü.) zu politischen Themen, die nach Angaben der Partei in zwei Millionen Exemplaren in ganz Ungarn kostenlos verteilt wird.

Die Jobbik-Partei ist jedoch nicht nur in den Online-Nachrichtenportalen und mit der eigenen gedruckten Presse auf dem Vormarsch, sondern auch in den sozialen Medien. So wurden die offiziellen Videoclips der rechtsextremen Partei während des Parlamentswahlkampfes 2010 4 Millionen Mal angeklickt, die des Wahlsiegers Fidesz nur 157.000 Mal.⁷¹ Auch Angaben von Google Trends weisen darauf hin, dass im gleichen Zeitraum das bei weitem größte Interesse in den wichtigsten Internet-Suchmaschinen an der Jobbik-Partei bestand.⁷² Zum Beispiel haben im ersten Monat der Wahlkampagne (Februar 2010) mehr Besucher auf Meldungen im Zusammenhang mit der Jobbik als mit dem Fidesz, der MSZP und der LMP insgesamt geklickt. Auf Facebook hat die Jobbik mehr Anhänger als der Fidesz, zweimal so viele wie die LMP und gar viermal so viele wie die MSZP, die bei der Nutzung sozialer Medien noch als „Neuling“ gilt.

⁶⁸ Quelle: Medién Webaudit

⁶⁹ Für vollständige Auflistung siehe: Bíró Nagy - Róna (2010)

⁷⁰ [http://hu.wikipedia.org/wiki/Barik%C3%A1d_\(%C3%BAjs%C3%A1g\)](http://hu.wikipedia.org/wiki/Barik%C3%A1d_(%C3%BAjs%C3%A1g))

⁷¹ http://www.policysolutions.hu/userfiles/elemzesek/Boros%20Tam%C3%A1s_A%20lehenyerl%C5%91t%C5%91l%20a%20l%C3%A1thatatlanig.pdf

⁷² Ebenda.



6) Vorschläge für den Umgang mit Rechtsextremismus

Im Weiteren sollen nun Vorschläge gemacht werden, wie die ungarischen demokratischen Parteien dem Rechtsextremismus begegnen sollten. Unsere grundsätzliche These besagt, dass die politischen Parteien in einem doppelten Ansatz gleichzeitig Konzepte für den Umgang mit der Nachfrage (nach Rechtsextremismus) und dem Angebot (Kräfte, die Rechtsextremismus repräsentieren) ausarbeiten müssen.

In den vergangenen Jahren haben sich Fidesz und LMP hauptsächlich mit der Nachfrageseite befasst, denn beide Parteien konzentrierten sich darauf, wie mit den Ursachen für die Entstehung des Rechtsextremismus umgegangen werden sollte. Mit Ordnungsmaßnahmen,⁷⁴ einem Roma-Programm,⁷⁵ Gemeinwohlarbeitsprogramm⁷⁶ und ländlichen Entwicklungsprogramm⁷⁷ wollten sie Lösungen für die Probleme finden, die Rechtsextremismus fördern, und mit der Angebotsseite – und dem vorrangigen Blick auf rechtsextreme Argumenten und die Politik der Jobbik-Partei – entwickelten sie einen eher akzeptablen Standpunkt. Im Gegensatz dazu beschäftigte sich die Ungarische Sozialistische Partei MSZP fast ausschließlich mit der Angebotsseite, indem sie rechtsextreme Ideen und Parteien „unter Quarantäne“ stellte, um so die Gesellschaft vor einer Ausbreitung des Rechtsextremismus zu „schützen“. Mit der Nachfrageseite befassten sich die Sozialisten nur vereinzelt. Eine seltene Ausnahme war in dieser Hinsicht das Programm „Weg zu Arbeit“. Unserer Meinung nach bestünde eine wünschenswerte Lösung in der Verbindung dieser beiden unterschiedlichen Ansätze, wofür nachstehend Anhaltspunkte gegeben werden sollen.

Regionale, positive Diskriminierung

Wachsende soziale Unterschiede und die Gefahr, dass die untere Mittelschicht weiter abrutscht, sind wesentlicher Nährboden für radikale Anschauungen. Bester Beweis dafür ist das Jobbik-Wahlergebnis von über 20 % im Jahr 2010 gerade in den nordostungarischen Komitaten, deren wirtschaftlicher und sozialer Rückstand zum Landesdurchschnitt sich in den letzten zehn Jahren weiter vergrößert hat. Wie nachstehende Abbildungen zeigen, ist der Abstand des gesamten Ostens zu den anderen Landesteilen in Bezug auf wirtschaftliche Entwicklung, Arbeitslosigkeit und das Potenzial, einer Bevölkerungsabwanderung vorzubeugen, im letzten Jahrzehnt ständig gewachsen.

⁷⁴<http://www.fidesz.hu/index.php?Cikk=146948> und <http://www.origo.hu/itthon/20110502-modosult-a-btk-az-egyenruhas-bunozes-miatt.html>

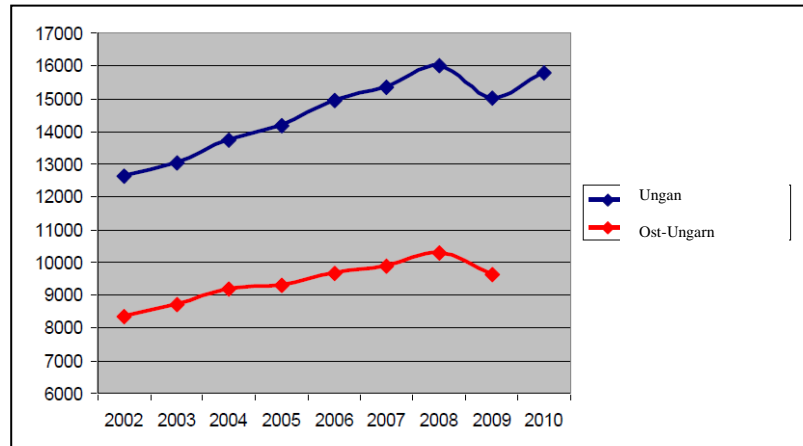
⁷⁵http://lehetmas.hu/upload/57/57/201004/LMP_romaprogram.pdf

⁷⁶http://lehetmas.hu/wp-content/uploads/2011/06/kozmunkaprg_e.pdf

⁷⁷http://lehetmas.hu/wp-content/uploads/2011/06/lehet_mas_a_videk.pdf

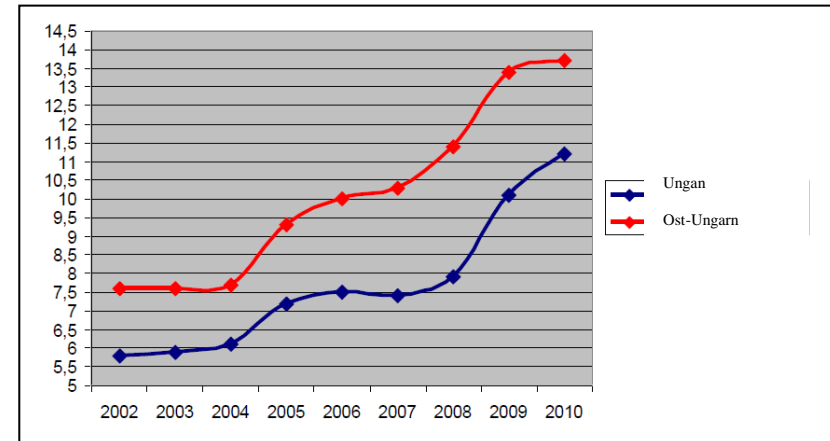
Abbildung 4: BIP-Wachstum, Arbeitslosenrate, Migrationsdifferenz und Lebenserwartung bei Geburt in der Region Ostungarn

Pro Kopf BIP 2002-2010



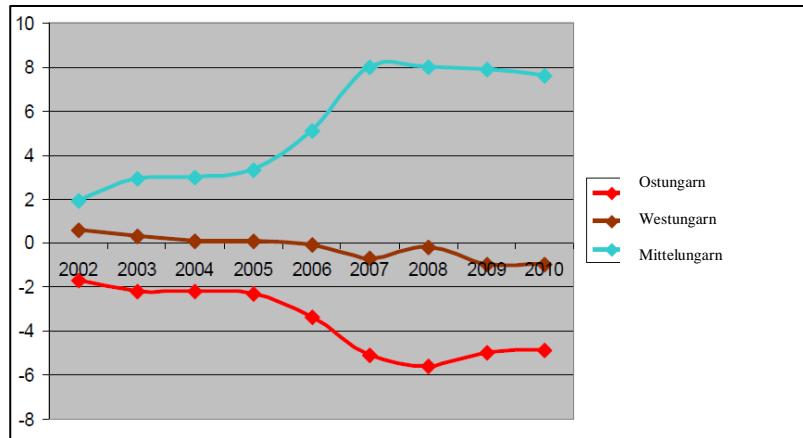
Quelle: KSH

Arbeitslosenrate 2002-2010



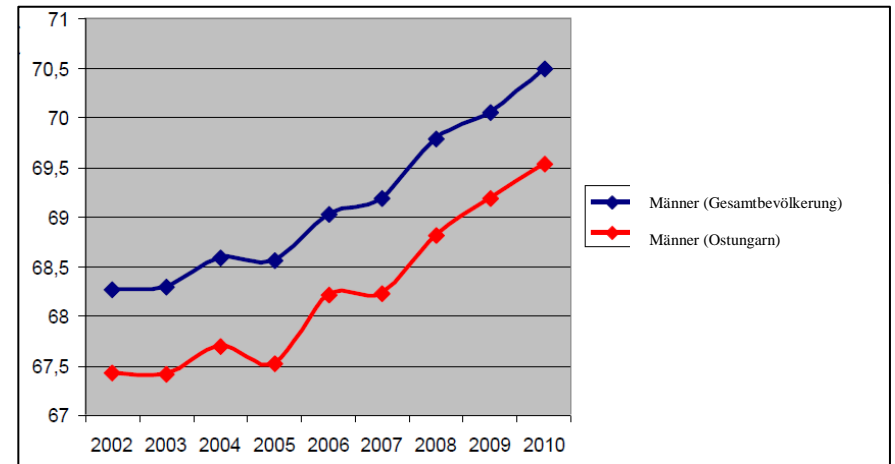
Quelle: KSH

Migrationsdifferenz 2002-2010



Quelle: KSH

Lebenserwartung bei Geburt 2002-2010 (Männer)



Quelle: KSH



Auch bisher schon haben die jeweiligen Regierungen in ihrer Regionalentwicklungspolitik eine Art „Diskriminierung“ nach Regionen oder Kleinregionen vorgenommen, d. h., einzelnen Regionen je nach Entwicklungsstand größere Mittel bereitgestellt. Gleichzeitig wendet der Staat in den meisten fachpolitischen Bereichen das Universalitätsprinzip an, d. h., er macht keinen Unterschied in der Steuer-, Sozial-, Ordnungs- und Bildungspolitik. Wir würden empfehlen, auch in diesen Bereichen eine „positive Diskriminierung“ anzuwenden, mit anderen Worten den Polizeibeamten, Lehrern, Ärzten und anderen öffentlichen Bediensteten Mehrleistungen zu gewähren, die bereit sind, in Nordostungarn zu arbeiten. So ließe sich erreichen, dass es sich auch für die Besten vom jeweiligen Fach lohnt, eine Arbeitsstelle in einem der strukturschwächsten Gebiete Ungarns anzunehmen. Neben verbesserten öffentlichen Dienstleistungen könnte dieser Landesteil auch durch spezielle Steuer- und Abgabenermäßigungen für in- und ausländische Anleger und Arbeitgeber attraktiv gemacht und auf diese Weise der Rückstand der Region aufgeholt werden.

Demokratie-Programme

In den letzten Jahren ist in Ungarn die erste Generation erwachsen geworden, die mit totalitären Systemen, Diktaturen oder radikalen Ideologien keine direkten negativen Erfahrungen gemacht hat. Eine Erziehung im Sinne demokratischer Werte und der Demokratie an sich sowie die Sensibilisierung für Gefahren, die von radikalem Gedankengut ausgehen können, sind daher wichtige Präventivschritte. Demokratie-Programme sollten Bestandteil der formalen Bildung sein, damit die Wertvorstellungen, die mit der demokratischen Ordnung eines Landes einhergehen, ganzen Generationen vermittelt werden. Wichtig ist darüber hinaus, dass Demokratie-Programme auch auf dem Weg nicht formaler Bildungsmöglichkeiten durchgeführt werden (z.B. Schulungen, Austauschprogramme, Lager, Wettbewerbe, Auslandsreisen), damit junge Menschen diese Werte nicht als „Pflichtlehrstoff“ empfinden. Gefördert werden kann die politische Sozialisierung junger Menschen auch dadurch, dass Mittelschüler, nach britischem Vorbild, unentgeltlich eine Tageszeitung ihrer Wahl, die keine radikalen Werte vermittelt, zur Verfügung gestellt wird.

Gemeinschaftsprogramme

Auf junge Menschen üben die Rechtsextreme unter anderem deshalb eine starke Anziehungskraft aus, weil sie ein Gemeinschaftsgefühl vermitteln können. Das gelingt ihnen mit Hilfe politisch gefärbter Konzerte, Veranstaltungen, Bücher und Zivilorganisationen, was die Wähler dazu verführt, ihre Entscheidung für eine Partei nicht auf rationaler, sondern auf emotionaler Grundlage zu treffen. Aufgrund dessen ist es wichtig, dass auch die demokratischen Parteien in der Lage sind, eine Antwort auf das Problem der Individualisierung zu geben und mit Gemeinschaftsprogrammen und Erlebnissen in der Gemeinschaft eine Alternative zu rechtsextremem Gedankengut zu bieten.



Kompetenzanzweiflung

In dem Maße, wie der gesellschaftliche Widerstand gegen radikales Gedankengut abnimmt, zeigt auch die Drohung mit dem „Schreckgespenst“ Jobbik immer weniger Wirkung. Gegen die Rechtsextremen können die gemäßigten Parteien nur dann erfolgreich auftreten, wenn sie nicht deren Ideologie, sondern deren Kompetenz in Frage stellen. Dadurch, dass die meisten politischen Kräfte jeden Kontakt mit der Jobbik ablehnen, bleiben deren fachpolitische Vorschläge unbeantwortet, und so werden in den Augen der Gesellschaft zum Beispiel ein „den Zigeunern vorbehaltenes Gelände zum Schutz der öffentlichen Ordnung“ oder der Austritt aus der Europäischen Union zu legitimen Problemlösungen. Demnach kann es sich als ein Gegenmittel gegen den Rechtsextremismus erweisen, wenn die Linksliberalen sie genauso behandeln wie ihre anderen Gegner, das heißt: die fachlichen Qualitäten der Partei und ihrer führenden Politiker in Frage zu stellen und dies den Wählern überzeugend zu vermitteln.

Journalistenschulung

In vielen Ländern entscheidet man sich im öffentlichen Umgang mit rechtsextremen Parteien für die Medien-Quarantäne und damit dafür, die Medien-Präsenz der Rechtsextremen einzuengen. Jedoch zeigt in Ungarn der Erfolg der Jobbik, dass diese Methode zugleich den Underdog-Effekt verstärkt, die Partei für junge Menschen attraktiv werden lässt und die anderen Parteien nicht dazu zwingt, selbst nach Antworten auf die Probleme zu suchen, die die Jobbik ansprechen. Der von uns vorgeschlagene Lösungsansatz besagt, zunächst die Journalisten fachlich fortzubilden, für sie einen Ethikkodex zu vereinbaren und erst danach die Jobbik in die Medien zu lassen. Im Zuge der Fortbildung sollen sich Journalisten im Ausland bereits bewährte Methoden für den Umgang mit der Diskutierweise rechtsextremer Politiker aneignen, Argumentationshilfen gegen den Populismus erhalten und sich der Verantwortung der Medien für den Schutz demokratischer Werte bewusst werden. In einem Ethikkodex für Journalisten in Mainstream-Medien könnten all die Grundsätze festgelegt werden, an die sich Journalisten bei ihrer Berichterstattung über rechtsextreme Tendenzen halten müssen.

Basisarbeit der gemäßigten Parteien

Die Rechtsradikalen sind schon allein deshalb in der Lage, einen beträchtlichen Teil des politischen Marktes zu besetzen, weil die anderen Parteien bei zahlreichen gesellschaftlichen Gruppen mit ihrem „Produkt“ nicht präsent sind. In der Praxis bedeutet das, dass die Jobbik umfangreiche Basisarbeit leistet, so Bürgerforen veranstaltet, im Alltag der Bürger vor Ort präsent ist und Bürgerinitiativen organisiert, während die anderen Parteien höchstens in den Medien auf ihre Wähler treffen. Die Lösung heißt Angebotserweiterung, d. h., auch die gemäßigten Parteien müssen in kleineren Gemeinden, die in letzter Zeit vernachlässigt wurden, und bei Veranstaltungen, die 18-25jährige besuchen, deutlich aktiver werden.

Policy Solutions
Institut für Politische Analyse und Beratung

Budapest, 1054, Kálmán Imre utca 1.
+36 (21) 252-4292
info@policysolutions.hu www.policysolutions.hu

POLICYSOLUTIONS 